

Reichtum in Deutschland

Konferenz der Arbeitsgruppe
Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration
der SPD-Bundestagsfraktion
am 23.10. 2006 in Berlin – Teil II
„Zukünftige politische Handlungsfelder“

Folgerungen aus der Konferenz
„Reichtum in Deutschland“



>>> dokumente

Nr. 05/07



Herausgeberin:

Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin
Redaktion: Hilde Mattheis, MdB
Satz & Layout: Bernd Sachse
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-5 71 33
Telefax (0 30) 2 27-5 68 00
www.spdfraktion.de

Erschienen im Mai 2007

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Programm der Konferenz „Reichtum in Deutschland“	5
Vorwort Hilde Mattheis, MdB, stv. Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration	7
Folgerungen aus der Konferenz „Reichtum in Deutschland“	9
Podiumsdiskussion: Zukünftige politische Handlungsfelder	21

Programm der Konferenz „Reichtum in Deutschland“

Montag, den 23.10. 2006, 12.00 – 18.00 Uhr

Fraktionssaal der SPD, Reichstag

Eröffnung Rolf Stöckel, Sprecher der 12.00 – 12.15 Uhr
AG Verteilungsgerechtigkeit

Begrüßung Nicolette Kressl,
stv. SPD-Fraktionsvorsitzende

Input zu 12.15 – 14.00 Uhr

Bestandsaufnahme: Der Reichtum und seine Verteilung

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster,
Ev. Fachhochschule Bochum

Eliteforschung als Voraussetzung der Reichtumsforschung

Prof. Dr. Michael Hartmann,
TU Darmstadt

Reichtum: Zur Methode und Datenlage

Markus Zwick,
Leiter des Forschungsdatenzentrums
des Statistischen Bundesamtes

Prof. Dr. Joachim Merz,
Universität Lüneburg

Reichtum und Steuerpolitik

Prof. Dr. Dieter Eißel,
Universität Gießen

Diskussion

Moderation: Hilde Mattheis,
stv. Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit

14.00 – 15.45 Uhr

Kaffeepause

15.45 – 16.15 Uhr

Zukünftige politische Handlungsfelder

16.15 – 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion

Moderation:
Wolfgang Spanier, MdB,
stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit

Teilnehmer: Dr. Ralf Stegner;
Innenminister Schleswig-Holstein

Dr. Dierk Hirschel,
Chefökonom DGB

Joachim Poß, MdB
Stv. Fraktionsvorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Franz Thönnies, MdB
Parl. Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales

Schlusswort

Hilde Mattheis, MdB
stv. Sprecherin der
AG Verteilungsgerechtigkeit

18.00 Uhr

Vorwort

Hilde Mattheis, MdB, stv. Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration

Nach der Dokumentation des ersten Teils der Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum „Reichtum in Deutschland“ vom 23.10.2006 (siehe >>> **dokumente** Nr. 02/07 der SPD-Bundestagsfraktion) liegt nun hiermit auch die Dokumentation der Podiumsdiskussion „Zukünftige politische Handlungsfelder“ vor sowie eine Auswertung und Folgerungen durch die AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration.

Mit den Folgerungen aus der Konferenz regen wir eine Präzisierung und Ausweitung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung an.

Denn für die künftigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung brauchen wir eine grundlegende Verbesserung der „Erfassung von Vermögensbeständen, vor allem derer des obersten Promilles der Reichen“. Die „Elitelforschung und insbesondere der Aspekt der sozialen Herkunft“ muss in Zukunft mit einbezogen werden sowie der Umgang mit „öffentlichem Reichtum“ und die Auswirkungen seines Einsatzes für die Armuts- und Reichtumsentwicklung.



Damit kann künftig eine wirklichkeitsnähere Berichterstattung gewährleistet und die Zielgenauigkeit politischer Antworten erhöht werden. Erben und Besitzer großer Vermögen müssen künftig an gesellschaftlichen Aufgaben stärker als bisher beteiligt werden. Bislang – so ein wesentliches Ergebnis der Konferenz - wurden sie begünstigt.

Darüberhinaus müssen im Sinne einer gerechten Verteilungspolitik u. a. folgende Vorschläge geprüft und als steuerpolitische Ziele ausgearbeitet werden:

- eine Besteuerung von großen Vermögen und
- eine stärkere Besteuerung hoher Erbschaften,
- Überprüfung der Reichensteuer und gegebenenfalls ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer
- eine Besteuerung von Börsenumsätzen und Finanzmarkttransaktionen,
- sowie eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerflucht.

Ausdrücklich verweisen will ich auf die Begründung dieser Folgerungen. Sie ist auch eine konzentrierte Zusammenfassung der Konferenz und gibt weitere Hinweise für die Verbesserung künftiger Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Folgerungen aus der Konferenz „Reichtum in Deutschland“

Die Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Reichtum in Deutschland“ am 23.10.2006 hat eine umfassende Gesamtschau auf den Stand der „Reichtumsberichterstattung“ geboten. Die AG „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ wird die vorgetragenen Anregungen für die Beseitigung von Forschungsdefiziten aufgreifen und für die künftige politische Arbeit unter der Zielvorstellung „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ nutzen.

Dabei greift sie auch auf die weiterführenden Beiträge des zweiten Teils der Konferenz über „Zukünftige politische Handlungsfelder“ zurück, in der vor allem über Perspektiven der Steuerpolitik als Instrument für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft gesprochen wurde.

Die AG Verteilungsgerechtigkeit hat nachfolgende Schlüsse aus den Ergebnissen der Konferenz gezogen, die als Vorschläge zur Verbesserung der Berichterstattung über den „Reichtum“ Eingang in die Armuts- und Reichtumsberichterstattung finden sollten.

Im für das Jahr 2008 anstehenden 3. Armuts- und Reichtumsbericht sollten insbesondere die nachfolgenden Punkte 1 bis 3 soweit als möglich berücksichtigt werden. Für Punkt 4 gilt es schon jetzt die Weichenstellungen vorzunehmen, um sie in der künftigen „Reichtumsberichterstattung“ umsetzen zu können.

Vorschläge zur Verbesserung der „Armuts- und Reichtumsberichterstattung“

1. Wir brauchen eine umfassende Definition von Einkommens- und Vermögensreichtum im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Eine solche Definition ist Voraussetzung für eine vollständige Operationalisierung des sehr komplexen Ansatzes der Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Sie ist auch die Voraussetzung dafür, dass Aussagen über die Bedeutung von individuellem und öffentlichem Reichtum für die Gesellschaft gemacht werden können.
2. Die Eliteforschung und insbesondere der Aspekt der sozialen Herkunft muss in die Reichtumsforschung und -berichterstattung einbezogen werden. Neben Untersuchungen zur Rekrutierung von Eliten und der Durchlässigkeit von Gesellschaftsbereichen sowie dem Verhältnis zwischen Reichtum und Eliten soll die Eliteforschung verstärkt die Auswirkungen auf das Humanvermögen (Bildung, berufliche Erfahrungen, Gesundheit) und das Sozialvermögen (gesellschaftliche Stellung, Entscheidungsgewalt, gesellschaftliche Beziehungen) erforschen.
3. Die Erfassung von Vermögensbeständen, vor allem derer des obersten Promilles der Reichen, muss grundlegend verbessert werden. Dabei sollten bereits vorhandene Quellen wie die Untersuchungen des Manager Magazins berücksichtigt werden, denn sie beruhen auf ernstzunehmenden Annäherungswerten.
 - a) Um eine wirklichkeitsnahe Berichterstattung zu gewährleisten, sollte die Vermögensberechnung der privaten Haushalte folgende Bereiche umfassen:

Grund- und Immobilienvermögen, Betriebsvermögen, Gebrauchsvermögen, Geldvermögen, weitere private Eigentumsrechte (an natürlichen Ressourcen, Patente u. a.), sowie Sozialvermögen und Humanvermögen.

- b) Vermögensrelevante Größen wie Steuervermeidung, Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Steuertraglast und deren Auswirkung auf die Vermögensbildung sollen erfasst werden ebenso wie die Größe und Wirkung von Erbschaften.
 - c) Die Erkenntnisse der Monopolkommission zu Betriebsvermögen der Unternehmen und ihrer Konzentration sollten ebenfalls Eingang in den Reichtumsteil der Armuts- und Reichtumsberichterstattung finden.
 - d) Die funktionelle Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital ist bisher nicht Gegenstand der Reichtums- und Armutsberichterstattung gewesen. Aber die Daten liegen vor und sie sollten in den Bericht aufgenommen werden.
4. Dem öffentlichen Reichtum soll ein eigenes Kapitel der Reichtumsberichterstattung gewidmet werden. Wir brauchen auch eine Reichtumsberichterstattung über den Reichtum der Gesellschaft, nicht nur des individuellen Reichtums. Darin soll Auskunft darüber gegeben werden, wie sich der Einsatz öffentlicher Mittel auf die Reichtums- und Armutsentwicklung in der Gesellschaft auswirkt.

Dazu gehört auch eine Untersuchung der Partizipation am Einsatz öffentlicher Mittel von armen und reichen Gesellschaftsmitgliedern. Es müssen ebenfalls existente reiche Gebietskörperschaften in die Betrachtung einbezogen werden, um auch hier Erkenntnisse z. B. über fehlende Integration („Ghettoisierung“) zu gewinnen.

Weitere Forderungen müssen diskutiert und in die Debatte eingebracht werden

Dazu müssen im Sinne einer gerechten Verteilungspolitik folgende Vorschläge geprüft und als steuerpolitische Ziele ausgearbeitet werden:

- die Stärkung progressiver Elemente des Steuersystems,
- die Einführung eines Realsplitting statt Ehegattensplitting,
- eine Besteuerung von großen Vermögen und
- eine stärkere Besteuerung hoher Erbschaften,
- Überprüfung der Reichensteuer und gegebenenfalls ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer,
- eine Besteuerung von Börsenumsätzen und Finanzmarkttransaktionen,
- eine Erhöhung der Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer und
- eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerflucht.

Begründung

Die Begründung der Folgerungen aus der Konferenz „Reichtum in Deutschland“ basiert auf der Auswertung der nachfolgenden Zusammenfassung der Beiträge dieser Konferenz:

1. Eine realitätsnahe Definition von „Reichtum“

Bei der Konferenz wurden zwar eine Reihe von Anhaltspunkten für eine Definition von „Reichtum“ vorgetragen, aber sie machten auch deutlich, dass bisher eine systematische und klare Definition noch aussteht. Eine solche Definition ist aber Voraussetzung für eine vollständige Operationalisierung des sehr komplexen Ansatzes der Teilhabe- und Verwirklichungschancen.

Dafür sollen folgende Überlegungen mit einbezogen werden:

Reichtumsforschung dient der Legitimation von sozialer Differenz, weil Reichtumsforschung von zentralen Funktionen von Reichtum ausgeht, die er für die Gesellschaft im ökonomischen, kulturellen und im Bereich Konsumententwicklung hat.

Wenn die Reichen nicht irgendwann bestimmte Dinge entwickelt und konsumiert hätten, gäbe es diese Konsumartikel nicht. Kritisch ist, dass im Bereich Konsum z. B. die Automobilität gefördert wird, nicht jedoch die des öffentlichen Verkehrs usw.

Das führt über den Aspekt der Betrachtung der quantitativen Verteilungsrelation hinaus. Welche sozialen Funktionen kann, muss Reichtum haben, und wo gibt es Probleme?

Die Beschäftigung mit „Reichtum“ dient auch dessen Schutz, fragt sie doch nach dem legitimen Besitz und unterscheidet ihn wertend vom illegitim und illegal erworbenen.

Die Armuts- und Reichtumsdiskussion sollte eigentlich Verteilungsdiskussion heißen.

Hauptziel ist eine Enttabuisierung von Verteilung. Zu hoffen ist, dass wir - wie in Schweden - einmal da hinkommen, dass die Steuerlisten von allen Bürgerinnen und Bürgern veröffentlicht werden.

Auch wenn die Vermögenssituation privater Haushalte mit der Einkommensverteilung zusammenhängt sollte deutlicher als bisher auf den Unterschied zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum und deren Quellen eingegangen werden.

Denn Einkommen ist eine Fließgröße, die ihrerseits starken Schwankungen unterworfen ist.

Im Gegensatz dazu hat das Vermögen eine größere Beharrungstendenz, sichert die entsprechende soziale Position ab und kann seinerseits erneut Quelle von Einkommen sein. So ist insgesamt das Vermögen doppelt so stark konzentriert wie die Einkommen. Dieses trifft folglich auch auf die Erträge aus Vermögen zu.

Diese Differenzierungen sollten auch bei der Definition von „Reichtum“ eine Rolle spielen, denn sie haben signifikante Auswirkungen auf Lebensstil, Handlungsfähigkeit und Machtpotential. So ist z. B. die Funktion von Reichtum auch als Produktivvermögen zu betrachten und nicht nur als Konsum.

Denn es gibt eine Grenze, jenseits derer zunehmender Reichtum nicht mehr vorrangig der Steigerung des Lebensstandards dient, sondern der weiteren Vermögensbildung.

Hier eine Zusammenstellung der Fragen, deren Beantwortung eine Präzisierung der Reichtumsberichterstattung bewirken können:

- Sollte man nicht unterscheiden zwischen materiellem und immateriellem Vermögen?
- Gibt es eine Kausalität zwischen Armut und Reichtum oder umgekehrt auch?
- Wie kommt man zu Reichtum?
- Was können Kriterien für eine Reichtumsgrenze bei Vermögen sein?
- Haben Reichtum und Klassengesellschaft etwas miteinander zu tun?
- Wieweit ist Reichtum als Voraussetzung für Handlungsvermögen zu begreifen?
- Die Reichtumskonzentration in Westdeutschland ist im Einkommensbereich doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Wie ist die Relation im Vermögensbereich?

2. Die Einbeziehung der Eliteforschung

Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Bereich der Eliteforschung in Bezug auf Reichtum:

Eliteforschung ist zwingende Voraussetzung, um Leerstellen in der Reichtumsforschung zu erfassen. Denn Reichtumsforschung leidet unter einem strukturellen Manko. Die handelnden Personen geraten weitgehend aus dem Blick. Reichtum ist ein Produkt von Handlungen und Personen, die von Eliten ausgehen, weil Eliten natürlich ganz andere Möglichkeiten haben, reale Entwicklungen in einer Gesellschaft zu beeinflussen, als der normale Durchschnittsbürger.

Es besteht auch bei den Eliten ein riesiger Unterschied zwischen denen, die durch die Verfügung über Produktivvermögen Machtressourcen besitzen (z. B. Fondsgesellschaften) und wirklich Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen können und z. B. den Showstars.

Es gibt zu den Elitenauf- und abstiegen keine Daten! Auch bei Abstiegen aus der Elite zeigt sich der Unterschied zwischen Elite und Reichtum. Bei wirklich reichen Familien gibt es kaum Abstiege. Da ist soviel Substanz vorhanden, dass man schon sehr lange sehr grob gegen alle möglichen Regeln verstoßen muss, um den Reichtum wirklich durchzubringen - und das gelingt nur sehr Wenigen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Firma einen Crash überlebt, steigt mit der sozialen Herkunft und noch viel stärker mit dem Bekanntheitsgrad der Person, die dafür verantwortlich ist.

Vor allem im Bereich Produktivvermögen ist Vererbung die absolut dominierende Variante.

Die Gesellschaft in Deutschland ist weniger durchlässig geworden. Elitenbildung durch Exklusion qua Herkunft muss erforscht und die Mechanismen offen gelegt werden. Gleichzeitig müssen Gegenstrategien entwickelt werden.

Eine der bisher zu wenig wahrgenommenen negativen Folge von gesellschaftlicher Undurchlässigkeit ist die Korruption. Sie muss nicht nur individuell strafrechtlich sanktioniert, sondern muss auch strukturell bekämpft werden.

Eliteforschung kann und soll verstärkt in Bezug auf Erforschung von Humanvermögen (Bildung, berufliche Erfahrungen, Gesundheit) und Sozialvermögen (gesellschaftliche Stellung, Entscheidungsgewalt, gesellschaftliche Beziehungen) ausgerichtet werden.

3. Verbesserung der Datenlage

Da die Datenquellen zum Reichtum durchgehend auf Selbstauskünften (EVS, Panel) bzw. auf der Steuerehrlichkeit basieren, sind sie nur bedingt belastbar. Hohe Einkommen sind - da eine kleine Population - mit den traditionellen Haushaltsstichproben sehr schwer zu beschreiben und sehr schwierig über repräsentative Befragungen adäquat abzubilden.

Hinzu kommt, dass es sich bei Steuerstatistiken primär um Markteinkommen handelt und ein Großteil der Sekundäreinkommensanteile nicht abgebildet sind. Zudem sind Vermögenswerte dann nur schwer erfassbar, wenn sie im Grenzbereich zwischen privat und geschäftlich anzusiedeln sind.

Hohe Managergehälter werden auch noch zusätzlich mit nichtmonetären Aspekten aufgepumpt: Dienstwagen, Aktienbeteiligungen usw. Solche nichtmonetären Informationen sind bisher nicht verfügbar.

Hervorzuheben ist jedoch, dass die Einkommensteuerstatistik erstmals seit etwa drei Jahren auch für Einkommensanalysen – und zwar auf der Mikroebene - brauchbar gemacht wurde. Jetzt, nach der faktischen Anonymisierung, steht der wissenschaftlichen Öffentlichkeit dieses einzigartige Material erstmals zur Verfügung und erhöht die Transparenz der materiellen Seite erheblich.

Ein weiterer Fortschritt ist die Verknüpfung der Einkommensteuerstatistik mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die zu einem reichhaltigeren Datensatz mit mehr sozio-ökonomischen Informationen geführt hat.

So kann man Einkommensanteile nach unterschiedlicher Reichtumsdefinition feststellen:

der Einkommensanteil

- der reichsten 10 Prozent hat innerhalb von 10 Jahren von 30 Prozent auf 33 Prozent zugenommen, also eine Steigerung um etwa 12 Prozent;
- der reichsten 5 Prozent hat um 14 Prozent zugenommen (von 20 Prozent auf 23 Prozent) und
- der reichsten 1 Prozent sogar um 21 Prozent.

Das bedeutet, dass insbesondere die Konzentration der ganz hohen Einkommen über diese Dekade zugenommen hat.

Hat sich somit die Datenlage bei der Erfassung des Einkommensreichtums erheblich verbessert, gibt es beim Vermögensreichtum immer noch schwerwiegende Defizite. Denn die Vermögenszahlen, die vorliegen, umfassen Immobilienvermögen, Geldvermögen, langlebige Konsumgüter und dann hört es auf. Produktivvermögen wird so gut wie gar nicht erfasst.

Bisher sind vermögensrelevante Größen wie Steuervermeidung, Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Steuertraglast und deren Auswirkung auf die Vermögensbildung nur ungenügend erfasst, ebenso unzureichend wie die Größe und Wirkung von Erbschaften.

Insgesamt gibt es bei der Datenlage vor allem der sehr Reichen immer noch große Defizite, deren Behebung aber für eine klare Berichterstattung unabdingbar ist. Denn je feiner die Datensätze sind, desto mehr kann man - was z. B. Macht angeht - wirklich Veränderungen wahrnehmen. Das kann man dann sehen, wenn man - wie es in den USA möglich ist – statistisch in den obersten Promillebereich geht.

Wir verfügen kaum über aktuelle und zuverlässige Daten, insbesondere, was den Vermögensreichtum insgesamt und vor allem den der obersten Promille der Reichen in Deutschland betrifft. Wenn man jedoch die jährlichen Veröffentlichungen der (privaten) Finanzierungsgesellschaften oder von Forbes bzw. *manager magazin* hinzuzieht, entsteht generell der Eindruck, dass die Ungleichheit in Deutschland noch ausgeprägter ist, als es amtliche Statistiken andeuten. Diese Quellen sollten auch in der Berichterstattung berücksichtigt werden, denn sie beruhen durchaus auf ernstzunehmenden Annäherungswerten, wie z. B. das *manager magazin*¹ betont.

¹ „Vor fünf Jahren hat *manager magazin* zum ersten Mal seine Rangliste der reichsten Deutschen publiziert. Nicht allen Beteiligten war dies damals genehm. Anders als in Amerika (...) sind die meisten Menschen hierzulande auf Diskretion bedacht. Reichtum macht sich in Deutschland nicht zum Schaustück, Reichtum lebt bevorzugt im Verborgenen. Auch wir begegneten bei unseren Recherchen anfänglich Vorbehalten. Mittlerweile indes ist die Zurückhaltung, auf die mm-Redakteure (...) stießen, einer weitgehenden Akzeptanz gewichen. Selbst viele Vertreter unserer Reichenliste trugen inzwischen mit wertvollen Informationen zur Genauigkeit der Tabellen bei. Wann immer die größten privaten Vermögen in Deutschland genannt und eingeordnet werden, wird mm als Quelle genannt. (...) Als Fazit bleibt in diesem Jahr: Die reichsten Deutschen sind (...) um einiges reicher geworden. Es war für sie ein sehr gutes Jahr. Und: Zum ersten Mal braucht es eine Milliarde Euro, um in den illustren Kreis der TOP 100 zu kommen.“ (Club der Milliardäre – Auch hierzulande wird unverkrampfter mit Reichtum umgegangen, Arno Balzer Chefredakteur, Editorial des *manager magazin spezial* „Die 300 reichsten Deutschen“ / Oktober 2006)

Diese privat gesammelten Informationen legen z. T. viel deutlicher das hohe Maß an Konzentration des Reichtums in Deutschland offen als die entsprechenden statistischen Erhebungen und ihre Auswertung es können. So verfügen – laut Manager Magazin - die 300 reichsten Bundesbürger (darunter 100 Milliardäre) insgesamt über 400 Milliarden Euro. Die Milliardäre haben übrigens – mit wenigen Ausnahmen - ihren Wohnsitz in Deutschland.

Um eine wirklichkeitsnahe Erhebung zu gewährleisten, sollte die Vermögensberechnung der privaten Haushalte folgende Bereiche umfassen:

- 1) Grund- und Immobilienvermögen, sei es vermietet oder selbst genutzt: Das wird bisher - Immobilienvermögen als der quantitativ bedeutendsten Komponente des privaten Vermögens – erheblich unterbewertet (siehe auch aktuelles Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Das Grundvermögen wird nicht zum aktuellen Verkehrswert ausgewiesen.
- 2) Produktivvermögen, als unmittelbares Eigentum an Unternehmen: Mit den herkömmlichen Methoden wird auch das Betriebsvermögen nur unzureichend erfaßt. Neben der mangelnden Information über den Umfang des Produktivkapitals spielen hierfür auch erhebliche steuerliche Vergünstigungen eine Rolle. Davon profitiert die ganz wenigen Haushalte, die Produktivkapital besitzen.
- 3) Gebrauchsvermögen (Hausrat, Fahrzeuge, Privatsammlungen etc.) und Geldvermögen (Bargeld, Guthaben, Geldanlagen, Rentenwerte, Aktien u. ä.): Bei der Erfassung des Geldvermögens gibt es Defizite wie illegal ins Ausland verbrachtes Vermögen.
- 4) private Eigentumsrechte an natürlichen Ressourcen, Lizenzen, Patente u. a.
- 5) Sozialvermögen (gesellschaftliche Stellung, Entscheidungsgewalt, gesellschaftliche Beziehungen sowie Gesundheits-, Renten- und andere Versorgungsansprüche) und
- 6) Humanvermögen (Bildung, berufliche Erfahrungen, Gesundheit).

Erforderlich ist eine systematische Aufschlüsselung und Auffächerung dieser Bereiche nach Indikatoren und deren Definition sowie den jeweiligen Stellenwert zur Ermittlung der Vermögensgröße.

Die Messinstrumente müssen weiter entwickelt werden, insbesondere Indikatoren, die ergänzend über Teilhabe- und Verwirklichungschancen informieren.

Die funktionelle Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital ist bisher nicht Gegenstand der Reichtums- und Armutsberichterstattung gewesen. Aber die Daten liegen vor und sie sollten in den Bericht aufgenommen werden.

4. Einbeziehung des öffentlichen Reichtums

Wir brauchen auch eine Reichtumsberichterstattung für den Reichtum der Gesellschaft, nicht nur für die Privaten.

Die Lebensqualität aller Menschen in unserer Gesellschaft ist ganz wesentlich von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen bestimmt, die nicht dem Einkommen des einzelnen zuzurechnen sind, ohne die allerdings der Gebrauch des individuellen Einkommens weit weniger Ressourcen mobilisieren würde.

Der öffentliche Reichtum muss dem Reichtum der Reichen zumindest teilweise zugerechnet werden. Denn wenn man sieht, dass wir auch nach zig Jahren Bildungsreform immer noch nur 6 - 7 Prozent Arbeiterkinder im Hochschulbereich haben, dann sieht man, dass Teile des öffentlichen Reichtums vorwiegend Investitionen für die wohlhabenderen, bildungsbürgerlichen Schichten sind.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist ein neuer Expansionsraum. Das wird einen Preisanstieg für die öffentlichen Güter zur Folge haben, die dann nicht mehr öffentlich sind, Infrastruktur, Autobahnen, Wohnungsgesellschaften und dergleichen. Das kann zu einer Einkommensabsenkung für die Nichtreichen führen, die noch nicht in den Blick genommen wurde.

5. Verteilungsspielraum

Die gerne verbreitete Behauptung für die Verteilungspolitik im wiedervereinigten Deutschland, es gäbe keinen Verteilungsspielraum mehr, ist falsch: Der Verteilungsspielraum ist zwar enger geworden, aber das Sozialprodukt ist in den neunziger Jahren so gewachsen, dass im Jahr 2005 rund 300 Mrd. Euro mehr (inflationsbereinigt!) zur Verfügung standen als 1992.

Aber weder die öffentlichen Haushalte noch die Arbeitnehmer haben von dieser realen Erhöhung des verteilbaren Produkts profitieren können. Der größere Verteilungsspielraum ist stattdessen zugunsten der Gewinne genutzt worden.

Bei konstant gehaltener Quote von Arbeitnehmern an den Erwerbstätigen (bereinigte Lohnquote), mit einem Höchststand (für Westdeutschland) im Jahr 1982 von 77,8 Prozent-Anteil, sank die Quote auf zuletzt 66,5 Prozent ab (Eißel). Die Lohnquote (Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen) lag im Jahr 2006 mit 66,2 Prozent nochmals deutlich unter der des Vorjahres (67,4 Prozent) und ist damit bereits seit dem Jahr 2000 (72,2 Prozent) rückläufig (Statistisches Bundesamt).

Seit 2000 sind die Arbeitseinkommen stark zurückgegangen und lagen zuletzt im Minusbereich (auch im Erfolgsjahr 2006 war der Nettoverdienst sogar um 0,3 Prozent geringer als im Vorjahr). Betrachtet man die Nettoentwicklung, d. h. nach der staatlichen Umverteilung der Markteinkommen, dann zeigt sich, dass die Löhne und Gehälter in realer Kaufkraft zuletzt geringer waren als noch 1991.

Von den 150,8 Mrd. Euro Mehreinnahmen an Steuern, die im Jahr 2005 gegenüber 1991 eingenommen wurden, betrug das Lohnsteuermehraufkommen allein 44,1 Mrd. Euro und

die Zuwächse bei der Umsatzsteuer 47,8 Mrd. Euro. Zusammen trugen daher allein diese beiden Steuerarten rund zwei Drittel des Mehraufkommens. Selbst der Steuerverzicht seit 2000 ging an den Lohnsteuerzahlern nahezu vorbei.

Durch Absenkung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen erhielten diese Milliardäre erhebliche Steuergeschenke und wurden durch die im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliche Vermögensbesteuerung in Deutschland zusätzlich geschont.

Betrachtet man zum Beispiel das Vermögen der – nach dem manager magazin – reichsten 300 Deutschen von insgesamt 400 Milliarden Euro, so bedeutet allein in diesen Vermögenskategorien der Verzicht auf nur 1 Prozent der Vermögenssteuer im Ergebnis staatliche Mindereinnahmen von 4 Milliarden Euro.

Daran ändert auch die immer wieder ins Feld geführte Stiftungs- bzw. Spendebereitschaft der reichsten Deutschen nichts, weil sie insgesamt sehr marginal bleibt: Auf gerade mal 141 Mio. Euro summieren sich die Spenden der „spendabelsten 10 Unternehmer“ im Jahr 2005 (manager magazin), zudem kamen 69 Mio. Euro - also fast die Hälfte - vom Konto der beiden Spitzenreiter in dieser Kategorie.

6. Erbschaftsteuer

Mit dem gegenwärtigen Volumen von rund 3 Mrd. Euro hat die Erbschaftsteuer nur einen Anteil von weniger als 1 Prozent an allen Steuereinnahmen in Deutschland. Die Erben großer Vermögen werden im internationalen Vergleich über die Maßen geschont. Besonders begünstigt ist die Übertragung von steuerlichem Betriebsvermögen.

Die Einnahmen aus Substanzsteuern (Grund-, Vermögen-, Schenkung- und Erbschaftsteuer) liegen in Deutschland stabil bei 0,9 Prozent des BIP und damit bei weniger als der Hälfte des OECD-Schnitts von 1,9 Prozent.

Zur aktuellen Erbschaftsteurdiskussion in Deutschland - bei Produktivvermögen keine Erbschaftsteuer: Dabei geht es nicht um den Handwerksmeister, sondern z. B. den Heraeus-Konzern und Braun Melsungen AG. Da werden Milliardenvermögen ohne steuerliche Belastung weiter gegeben.

Generell ist Zweifel über die Notwendigkeit dieses weiteren Steuergeschenks angebracht, denn bisher ist kein Fall bekannt, dass die existierende Erbschaftsteuer dazu beigetragen haben könnte, einen Betrieb in den Ruin zu treiben.

Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform der Erbschaftsteuer bietet die Möglichkeit, gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen, dass sich Erben und Besitzer großer Vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen.

7. Reichtum in der öffentlichen Diskussion: Scheinbegründungen und falsche Argumentationsmuster

Die Wissenschaftler wiesen auf eine Reihe von Argumentationsmustern hin (wie z. B. „die Globalisierung lasse keinen Handlungsspielraum“ oder „nur über eine Gewinnstärkung kämen Investitionen in Arbeitsplätze zustande“ oder „wegen der internationalen

Konkurrenz sei eine drastische Erhöhung der Managergehälter notwendig“), die immer wieder vorgetragen werden, obwohl die Fakten anderes besagen. Das ist ein Aspekt, der in der Reichtumsforschung bisher kaum wahrgenommen wurde.

„Solche Begründungszusammenhänge werden genutzt, weil es so plausibel ist, weil man sich das vorstellen kann. Es hat aber mit der Wirklichkeit, wenn man es untersucht, überhaupt nichts zu tun. Sie können die Wirtschaftspresse durchgehen. Sie finden dennoch immer wieder solche Artikel.“ (Prof. Michael Hartmann)

Prof. Huster vermutet: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass Unkenntnis über hohe Einkommen vielleicht sogar eine ihrer Voraussetzungen darstellt.“ Eine weitere Voraussetzung ist, dass es den entsprechenden Interessensvertreter immer wieder gelingt, die öffentliche Meinung mittels solcher Scheinbegründungen und ideologischer Erklärungsmuster zu prägen.

8. Empfehlungen zur Steuerpolitik

Wir haben zum einen die Besteuerung von Substanzwerten, die man progressiv gestalten kann und sollte.

Wir haben eine Besteuerung der Wirtschaftstätigkeit, da gibt es Pauschalsätze wie bei der Körperschaftsteuer oder Progression wie bei der Einkommensteuer. Es ist das soziale Gerechtigkeitsprinzip, das mit dem Progressionssteuersatz zu tun hat.

Und wir haben die Verbrauchsteuern und Gebühren, die wie Verbrauchsteuern sind. Diese sind - das sieht man auf kommunaler Ebene sehr genau - von ihrer Wirkung her degressiv.

Im Sinne einer gerechten Verteilungspolitik müssen folgende steuerpolitischen Vorschläge geprüft werden:

- 1) die Stärkung progressiver Elemente des Steuersystems,
- 2) die Einführung eines Realsplitting statt Ehegattensplitting,
- 3) eine nachhaltige Besteuerung von großen Vermögen und
- 4) von hohen Erbschaften,
- 5) ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer,
- 6) eine Besteuerung von Börsenumsätzen und Finanztransfers,
- 7) eine angemessene Wiederherstellung der Körperschaftsteuer und
- 8) eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerflucht (Die EU und die G7-Staaten hätten zusätzlich die Möglichkeit, durch ein abgestimmtes resoluteres Vorgehen viele der Steueroasen trocken zu legen).

Gleichzeitig muss die heutige Unterbewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen revidiert werden, denn sie verletzt die Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Das gilt auch für die steuerliche Begünstigung bei Übertragung von Betriebsvermögen.

Nach den Erfahrungen in den USA in den 1980er Jahren ist die Einführung einer Mindestbesteuerung (in den USA: 20 Prozent bei Unternehmen; 25 Prozent bei Privatpersonen) durchaus hilfreich.

Es heißt, die Reichen hätten bei der Steuer ein Gestaltungsprivileg. Die Steuerpraxis ist eine Angelegenheit der Finanzämter, der Steuerprüfer und Betriebsprüfer. Natürlich fühlen die Reichen sich kontrolliert. Aber wozu ist das Finanzamt denn sonst da? Hier könnten sie tätig werden.

Es ist den Ländern zu empfehlen, dass beim Länderfinanzausgleich diejenigen, die über die Personalbedarfszahlen hinaus Betriebsprüfer einstellen und damit mehr Steuern einnehmen, nicht unbedingt alles in den Länderfinanzausgleich abführen müssen. Auf diese Weise würde eine Belohnung für die Einstellung von mehr Betriebsprüfern möglich.

9. Gesellschaftsverständnis und Verteilungsgerechtigkeit

Unsere ganze Lohn- und Gehaltsdifferenzierung wird damit begründet, dass sie Leistungsanreize setzen soll. Sie setzt aber keine mehr, sondern entmutigt. Das muss man sich genau ansehen, denn es greift tief in das Wirtschaftsgeschehen ein.

Insbesondere bei nicht wenigen jungen Menschen wächst der Frust, aus ihrer No-Winner-Situation heraus keine Chance zu haben, ihren Anteil am Reichtum dieser Gesellschaft zumindest auf legalem Wege erhalten zu können.

Nicht der soziale Diskurs über Verteilungsfragen wird gesucht, sondern die Wagenburg der Reichen wird noch fester geschlossen. Untersuchungen zeigen die auch zunehmend sozialräumliche schroffe Trennung von Armut und Reichtum in den Städten.

Es gibt die Behauptung, Ungleichheit sei notwendig für Wirtschaftswachstum, es gibt aber auch die gegenteilige Behauptung. Eine Folge von Ungleichheit kann sein, wenn das Bewusstsein darüber wächst, dass sie demokratiegefährlich wird und den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft gefährdet. Wachsende Ungleichheit ist immer ein Spaltpilz in der Gesellschaft.

Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit sind folglich nicht überflüssiges Beiwerk einer Gesellschaft, das man nach Gutdünken beiseite legen kann, sie sind vielmehr konstitutiv für eine Gesellschaft.

Die Dokumentation der Konferenz „Reichtum in Deutschland“ (Teil I) kann man unter folgender Internetadresse herunterladen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,39466,00.html

Podiumsdiskussion

Zukünftige politische Handlungsfelder

Wolfgang Spanier,
Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit

Meine Damen und Herren,

ich hoffe, Sie haben die Gelegenheit genutzt, sich zu stärken. Ich weiß, wie wichtig das ist: Leib und Seele gehören zusammen.

Wir kommen jetzt zu dem, was heute Morgen mehrfach angemahnt worden ist, dass sich die Politik nicht nur theoretisch mit der wachsenden sozialen Ungleichheit in unserem Land auseinandersetzt, sondern dass die Politik ihre Steuermöglichkeiten im weiten Sinne ihre Gestaltungsmöglichkeiten auch tatsächlich nutzt.

Um diese Fragen der politischen Handlungsfelder geht es in der Diskussion. Leider, das sehen Sie auf den ersten Blick, musste Frau Hohmann-Dennhardt ganz kurzfristig absagen. Sie wäre als Richterin am Bundesverfassungsgericht mit Sicherheit eine Bereicherung unserer Runde gewesen, weil dieses Gericht ja in den vergangenen Jahren immer wieder auch durch Entscheidungen unsere Steuerungsmöglichkeiten gelenkt und sogar auch eingeschränkt hat. Aber dennoch glaube ich, dass wir eine Runde zusammenbekommen haben, die eine anregende und engagierte Diskussion verspricht.

Zunächst Dr. Dierk Hirschel - von Ihnen ausgesehen - links von mir, Chefökonom des DGB. Dann Dr. Ralf Stegner, Innenminister Schleswig-Holstein und lange Jahre Finanzminister in Schleswig-Holstein, von unserer Fraktion der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jochen Poß, zuständig für Finanzen und Franz Thönnies, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Wir haben uns auf eine kleine Runde von kurzen Statements - fünf Minuten - verständigt. Ich könnte mir vorstellen, dass sich dabei schon Diskussionsbedarf der Vier untereinander ergeben könnte. Das sollten Sie nutzen, auf die gegenseitigen Beiträge wechselseitig einzugehen. Und dann wollen wir möglichst früh Sie mit einbeziehen, weil ich das heute morgen wirklich gut fand, dass einmal genügend Zeit war, für eine intensive und auch differenzierte Diskussion. Die würde ich mir auch für den politischen Handlungsteil heute Nachmittag wünschen.

Dann würde ich zunächst einmal Herrn Hirschel bitten, ein kurzes Statement zu unserem Thema abzugeben.

Dr. Dierk Hirschel, Chefökonom DGB:

Herzlichen Dank für die einführenden Worte. Ich bin hier bei einer Partei zu Gast, die gerade eine Grundsatzdebatte führt, und deswegen möchte ich auch mit einigen grundsätzlichen Anmerkungen beginnen.

Marktwirtschaften sind Wirtschaftssysteme, die aus sich selbst heraus Ungleichheit produzieren. Das ist eine historische und empirische Erfahrung, die wir, wenn wir uns die Geschichte marktwirtschaftlicher Systeme in den letzten 150 Jahren angucken, überall verorten können. Kontinentaleuropa hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, den Wohlfahrtsstaat zu schaffen: Nach '45 mit einem Steuer- und Transfersystem, das die Primärverteilung korrigiert, und einem sozialen Sicherungssystem, einem expansiven Bildungswesen, einem sozialen Wohnungsbau. Sie kennen das. Dieser Sozialstaat ist immer noch wirkungsmächtig. Das sollte man bei der ganzen Diskussion um Hartz IV nicht vergessen.

Es ist heute bereits angesprochen worden. Die reichsten 10 Prozent der Steuerzahler tragen 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens bei, und wenn die sozialen Transfers - der Familienlastenausgleich - nicht existieren würden, dann würden nach der offiziellen Armutsdefinition in diesem Land über 20 Prozent - fast 30 Prozent - als arm gelten und dann hätten wir Weimarer Verhältnisse.

Also, trotz der Diskussion um Hartz IV, muss man zunächst einmal festhalten: Der Sozialstaat wirkt noch, aber seine Wirkungsweise wird durch ökonomische und gesellschaftliche Prozesse im Allgemeinen immer weiter abgeschwächt. Da gehört in erster Linie die Globalisierung, insbesondere die Globalisierung der Finanzwelt hinzu. Sie spielt da eine wesentliche Rolle und zwar in der Form, dass inzwischen die Schutzmauern des Rheinischen Kapitalismus geschliffen wurden, man muss dazusagen: politisch geschliffen wurden!

Das waren die schwarz-gelben Finanzmarktreformen und die rot-grünen Finanzmarktreformen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute die Deutschland AG in dieser Form nicht mehr wieder vorfinden.

Wir haben einen Markt für Unternehmenskontrolle, der es internationalen Investitionsfonds erlaubt, den großen Unternehmen Eigenkapitalrenditen aufzudrücken, die in der Konsequenz dazu führen, dass die Umverteilung im Unternehmen stattfindet: Durch unbezahlte Mehrarbeit, durch Lohnkürzungen, durch massive Entlassungen. Sie kennen all die Beispiele von der Allianz, über die Deutsche Bank bis hin zur Telekom.

Diese Internationalisierung der Finanzwelt, diese Form der Globalisierung, das ist ein qualitativer Bruch. Die Dominanz der Kapitalmärkte ist ein qualitativer Bruch, der Mitte der 90er Jahre eintritt, in verschärfter Form eintritt.

Von diesem Zeitpunkt aus, können wir auch beobachten, dass sich die Vermögenseinkommen und Gewinneinkommen, die vorher schon den Lohneinkommen vorausgeeilt sind, noch einmal radikal dynamisieren.

Wenn wir die Entwicklung der Vermögenseinkommen von 1990 an beobachten und sie vergleichen mit der Entwicklung der Bruttolöhne, dann steigen die Vermögenseinkommen um das Vierfache in diesem Zeitraum. Und die Reallöhne, das ist aber auch bereits angesprochen worden, stagnieren seit Mitte der neunziger Jahre.

Das hängt sehr stark mit dem zusammen, was ich als vom Finanzmarkt getriebener Kapitalismus bezeichnen würde oder Finanzmarktkapitalismus. Es hängt aber auch damit

zusammen, dass wir politisch, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sehr stark dem Druck der Lobbyisten und der Kapitaleseite nachgegeben haben, in der Form, in dem der Niedriglohnssektor staatlich ausgebaut wurde.

Auch da nenne ich nur die Stichworte: Mini-, Midijobregelung, Senkung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz, Ausbau prekärer Beschäftigung durch die Ausweitung von Befristungsmöglichkeiten. All das führt dazu, dass wir Gewerkschaften in unserer Handlungsfähigkeit geschwächt wurden.

Ich hatte vor kurzem ein längeres Gespräch mit dem Kollegen Poß, den ich sehr schätze, und in dieser Runde fragte er uns, ja wie sieht es denn aus im nächsten Jahr? Mit der Mehrwertsteuererhöhung wissen wir ja nicht, wie die wirtschaftliche Entwicklung laufen wird. Könnt ihr denn nachlegen? Könnt ihr denn lohnpolitisch, kriegt ihr lohnpolitisch etwas auf die Reihe? Können wir davon ausgehen, dass die Reallöhne im nächsten Jahr wieder steigen werden?

Ja, da kann ich nur sagen: Wir agieren unter den Verhältnissen, unter den politischen Verhältnissen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die von der Politik gemacht wurden. Diese Deregulierung des Arbeitsmarktes hat in den letzten Jahren unsere Handlungsbedingungen, unsere Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert. Hinzu kommt die Erosion des Flächentarifvertrages. Sie kennen das.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Lohnspreizung zugenommen hat, deutlich zugenommen hat, und jetzt kommt noch ein wesentliches Moment hinzu. In einer solchen Situation bräuchten wir - was ich als Ökonom immer so bezeichne - eine Synthese aus Ricardo und Keynes. Deutschland ist Globalisierungsgewinner. Wir profitieren vom Freihandel, aber wir bräuchten in einer solchen Situation, in der die Lohnspreizung zunimmt, in der die Bildungsrenditen in diesem Land auseinander gehen, also in der diejenigen, die über einen akademischen Abschluss verfügen, sehr hohe Einkommen erzielen können und die Geringqualifizierten abstürzen, in einer solchen Situation bräuchten wir eine expansive Bildungspolitik. Davon ist leider nichts zu erkennen.

Also die Peanuts, die unter Schröder ausgegeben wurden, die 4 Milliarden für die Ganztagschulen, das war wichtig. Aber wir haben ja immer noch eine Situation im Westen der Republik, wo wir bei den Kindertagesstätten beispielsweise eine Deckungsquote von 3 Prozent haben. 3 Prozent der Kinder unter drei Jahren kriegen einen Kindertagesstättenplatz in dieser Republik! Die Studienanfängerquote ist viel zu niedrig im europäischen Vergleich. Die Absolventenquote ebenso. Man reagiert nicht auf die Anforderungen der Globalisierung durch eine expansive Bildungspolitik oder einen expansiven Sozialstaat. Das hat natürlich Ursachen.

Wenn man dann die Kollegen aus der SPD-Fraktion fragt, warum diese notwendigen Reformen nicht eingeleitet werden, kommt der Verweis auf die leeren Kassen. Die leeren Kassen - das ist heute hier in diesem Raum auch schon angesprochen wurden - sind zum Großteil auch selbst verursacht.

Hans Eichel, mit seiner Steuersenkungspolitik, hat letzten Endes dazu beigetragen, dass uns - jährlich - 45 Milliarden fehlen. Das ist auch ein Stück der Wahrheit. Da hat man zwar auch die Steuern für die unteren Einkommen und mittleren Einkommen gesenkt,

aber man hat eben auch den Spitzensteuersatz um 11 Prozentpunkte gesenkt und alles zusammen führte eben zu diesen hohen Steuerausfällen. So fehlt das Geld heute in den Bereichen, in denen wir es dringend notwendig hätten.

Es stellt sich abschließend die Frage, wie kommt man aus der Misere wieder heraus? Damit sind wir dann neben der Bildungspolitik natürlich auf dem Feld der Steuerpolitik und darüber werden wir heute wahrscheinlich im Wesentlichen reden.

Zunächst muss man festhalten - das ist in diesem Raum auch schon angesprochen worden - was den Vollzug im Bereich der Steuerpolitik anbelangt, haben wir in diesem Staat ein Riesenproblem. Das, was als nominale Steuersätze existiert, und das, was effektiv eingenommen wird, das differiert stark. Wir haben das Problem, dass, wenn wir zum Beispiel die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit der Lohn- und Einkommensteuerstatik vergleichen, dann fehlen bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen 40 Prozent. Einfach nicht vorhanden!

Da stellt man sich schon die Frage, was sind die Ursachen dessen? Wenn wir über die Unternehmenssteuer reden, stoßen wir auf die Steuergestaltungsmöglichkeiten, stoßen auf die Steuerschlupflöcher, die bei internationalen Konzernen nun mal in der Form existieren, dass sie ein Tochterunternehmen in Polen gründen, ihr Eigenkapital nach Polen herüber schieben, sich fremd finanzieren lassen und die Zinsen dann auch noch von der Steuer absetzen. All das ist bekannt. Das Bundesfinanzministerium hat einmal eine Rechnung dazu im Laufe dieses Jahres erstellt und kommt auf einen Einnahmeverlust von 60 Milliarden Euro. Das ist politisches Handlungsfeld.

Wenn wir über eine Unternehmenssteuerreform reden, dann kümmert euch erst einmal darum, dass die Steuern die nominell eingefordert werden, auch effektiv herein kommen. Das ist das zentrale Handlungsfeld meines Erachtens im Bereich der Unternehmensteuerpolitik!

Dann kann man sich eventuell auch über die Senkung von nominalen Steuersätzen unterhalten. Aber das Wesentliche ist das Aufkommen, das am Schluss dabei heraus kommt und das ist gegenwärtig zu niedrig.

Jetzt komme ich zum Schluss: In diesem Raum wurde auch angesprochen, dass wir im Bereich der Substanzbesteuerung im internationalen Vergleich hohe Defizite haben. Wir hinken hinter den OECD-Staaten zurück im Bereich der Erbschaftssteuer, wir hinken zurück im Bereich der Grundsteuer. Eine Vermögensteuer haben wir überhaupt nicht mehr in diesem Land. Und darüber möchte ich gerne diskutieren.

Wenn in den USA die Grundsteuer deutlich höher ist, wenn in den USA die Erbschaftsteuer deutlich höher ist, wenn es in den USA eine Vermögensteuer gibt, dann greift das Globalisierungsargument in diesem Zusammenhang nicht. Das die alle Richtung Süden gehen würden, dass wir Riesenstaus an den alpennahen Grenzübergängen hätten, wenn wir die entsprechenden Steuern, in dem Falle eben die Vermögensteuer oder eine Erhöhung der Sätze bei der Erbschaftssteuer oder bei der Grundsteuer, durchsetzen würden.

Zur Erbschaftssteuer sage ich jetzt nicht mehr soviel, weil der Kollege auf der rechten Seite in Schleswig-Holstein einen sehr schönen Vorschlag ausgearbeitet hat, den wir als Gewerkschaften voll und ganz unterstützen und von der ich mir erhoffen würde, dass es in der SPD dafür mehr Unterstützung gibt. Ich will es erst einmal damit belassen.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Wir haben in den letzten Jahren - sehr stark über die Finanzmärkte dominiert - eine Entwicklung, die dazu geführt hat, dass die Einkommensverteilung immer weiter auseinander geht, dass die Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Das führt natürlich auch dazu, dass im oberen Bereich die Einkommen stärker steigen, dass der Reichtum steigt. Aber diese Entwicklung war auch politisch mitgestaltet. Das ist nicht vom Himmel gefallen.

Das ist nicht die böse Globalisierung, sondern ist auch national staatliche Gestaltung von Globalisierung, die diese Entwicklung herbeigeführt hat. Ich habe die Beispiele, was die Arbeitsmarktreform anbelangt, angeführt und die Defizite im Bereich der Bildungspolitik und wir müssen uns jetzt darüber unterhalten, wie man das wieder korrigieren kann. Danke schön!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, schönen Dank. Das war natürlich etwas länger als fünf Minuten. Aber das ist überhaupt kein Problem. Ich glaube, dass es wichtig war, mit solch einem Einstieg auch die Dinge, die wir gleich im konkreten Detail diskutieren werden, in einen Zusammenhang zu stellen. Die Überleitung ist ja schon erfolgt. Ralf Stegner!

Dr. Ralf Stegner, Innenminister Schleswig-Holstein:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Reichtum in Deutschland“ heißt der Titel. Und Fragen nach politischen Handlungsfeldern stellen sich dann in dem Zusammenhang, das man feststellen muss: Wir sind ein reiches Land, im internationalen Vergleich allemal. Sogar öffentlich. Wir sind, was den privaten Reichtum angeht, ohnehin ein reiches Land und nun kommt die Frage, was hat reich mit arm zu tun und was kann man eigentlich mit dem Reichtum machen.

Wenn ich dazu eingeladen worden bin, hier etwas dazu zu sagen, dann werden Sie feststellen, dass meine Einschätzung - zu sagen, es gibt keine isolierten Lösungen sondern man muss es im Gesamten betrachten - sich ein bisschen daraus speist, dass meine politischen Zuständigkeitsfelder bisher in Regierungsämtern in der Sozialpolitik begonnen haben, dann ging es in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik weiter und dann war ich Finanzminister. Heute bin ich als Innenminister für Integrationsfragen zuständig. Man wird durch solche Wechsel nicht dümmer, sondern gewinnt sozusagen immer andere Perspektiven auf das gleiche Thema und verknüpft die Erkenntnisse, die man gesammelt hat, miteinander.

Daraus leite ich zum Beispiel ab, dass wir nach etlichen Jahren im Wesentlichen des Schimpfens auf den Staat, medial übrigens kräftig begleitet, unter den Stichworten Deregulierung, Entbürokratisierung, Liberalisierung - vieles davon übrigens durchaus richtig -, inzwischen aber an einem Punkt angekommen sind, wo der Staat, dem die Mittel in den

öffentlichen Kassen fehlen, denjenigen, die Sozialtransfers bekommen, sagt: „Strenge dich doch an!“

Derjenige aber, der sich anstrengen soll, stellt dann zum Beispiel fest, dass er von der Arbeit gar nicht leben kann, wenn er sie denn findet. Und dass wir in Deutschland im doppelten Sinne des Wortes inzwischen so eine Art Abschreibungsgesellschaft haben. Wir schreiben ganze Regionen und ganze Personengruppen ab und sei es auch nur, dass sie es subjektiv so empfinden. Dass sie es subjektiv so empfinden, kann man an Wahlergebnissen in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns oder anderswo in der Republik feststellen.

Auch wenn das nur subjektives Empfinden ist, muss sich eine Volkspartei, die SPD ist eine, mit diesem Teil der Realität auseinandersetzen. Das heißt, ich muss mich zum Beispiel fragen, wie ist das mit öffentlicher Beschäftigung, wie ist das mit dem Weitergehen von Personalabbau im öffentlichen Dienst, was wir ja eine ganze Weile betrieben haben. Vielleicht ist es falsch, was ich vor einer Weile in einem Kommentar der „Welt“ gelesen habe. Die hatten eine Rede von Per Steinbrück in Frankfurt, die sehr intelligente Teile hatte, so kommentiert, dass sie gesagt haben, Steinbrück hat über Gemeinwohl geredet, Gemeinwohl sei eine Erfindung von Politikern, die die globalisierte Welt und die Gesetze der Marktwirtschaft verkennen würden und einfach unfähig seien, damit umzugehen. Das war die Definition von Gemeinwohl in diesem Kommentar in der großen deutschen Tageszeitung.

Ich glaube, das Gegenteil ist richtig. Aber das zeigt, auf welcher Ebene wir uns in den letzten Jahren bewegt haben. Dass man sagen muss, der Staat kann zwar nicht das persönliche Glück von Menschen organisieren, aber er ist wirklich dafür verantwortlich, die Grundlebensrisiken, wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit oder Auskommen im Alter, wahrzunehmen. Und das ist übrigens eine Basis des Reichtums dieses Landes.

Ich glaube, dass mit dieser Sorte sozialer Marktwirtschaft Reichtum erst erwirtschaftet worden ist. Das heißt, wer also möchte, dass das in der Zukunft so bleibt und eigene Anstrengungen anfordert, der muss die Sozialsysteme auf nachhaltig finanzielle Füße stellen und immer noch in der Lage sein, die eigentliche Aufgabe zu bewältigen, der muss dieser Antistaatshaltung entgegenreten.

Ich glaube, ein Staat, der diese Verantwortung nicht mehr hat, der wird ganz andere Dinge in Deutschland erleben als Wohlstand. Der wird politische Radikalisierung erleben und anderes mehr. Ich glaube im Übrigen auch, um das auch zu sagen, weil das die Debatte letzte Woche war, es war durchaus richtig, zum Beispiel Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen.

Als falsch hat sich allerdings die Hoffnung erwiesen, dass die Wirtschaft ihren Teil einlöst. Das tut sie nämlich nicht. Ganz vieles, was die Wirtschaft fordert, ist getan worden, aber wir stellen fest, dass selbst gut verdienende Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften, Leute heraus schmeißen, um höhere Renditen zu erwirtschaften. Das hat übrigens nichts mit Globalisierung zu tun, sondern das ist ein Teil, von dem man feststellen muss, das geschieht.

Das heißt, der Reichtum unseres Landes wird in Teilen missbraucht, weil nur eine Lösung der Gleichung sozusagen da ist, die andere aber nicht. Das muss eben auch deutlich gesagt werden. Das heißt, man muss die Verantwortung einfordern: Von allen Beteiligten! Es ist ein moralischer Skandal, der viel häufiger dargestellt werden muss, als das geschieht. Das tut so, als seien das wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten, das sind sie nicht. Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, wie ist das eigentlich mit den Leistungen, die der Staat vollbringt? Also Ausbildungsplatzangebot? Wie ist das mit den Subventionen, die mitgenommen werden?

Wenn uns immer erzählt wird, wir brauchen Steuersätze, die so niedrig sind wie in Estland zum Beispiel oder Slowenien.

Prima, kann ich sagen, kann man machen. In Estland gibt es keinen Euro Subvention für die Landwirtschaft. Wollen wir das auch? 40 Prozent des europäischen Etats gehen ja immer noch in Richtung Landwirtschaft. 4 Prozent übrigens in Bildung und Wissenschaft. Da sieht man vielleicht, wo das möglicherweise kranken könne. Darüber kann man reden.

Oder, als ich Mitglied im Vermittlungsausschuss war, habe ich Versicherungskonzerne erlebt, die sich an der Börse verzockt haben und zu uns gekommen sind und für Steuervorteile geworben haben und gesagt haben - natürlich nicht öffentlich - , wenn ihr das nicht macht, dann haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir schmeißen Leute raus oder es gehen ein paar Policen hoch! Und: Das sind eure Wähler, um die es da geht! Um einmal klar zu sagen, was das bedeutet, wenn wir über solche Dinge reden.

Die Antworten sind relativ klar, da wir in Deutschland keine neuen Bodenschätze entdecken werden - ich schätze das jedenfalls einmal so ein -, liegt die Zukunft in Bildung und besserer Integration. Da ist vieles nachzuholen, was uns übrigens durch internationale Studien bescheinigt wird, mit Blick auf Arbeitsmarktperspektiven, mit Blick auf Weiterqualifizierung.

Es ist wohl kein Zufall, dass es nur in der russischen Sprache und in der deutschen Sprache das Wort „ausgelernt“ gibt. Ich empfinde das übrigens nicht so. Ausgelernt hat man eigentlich, wenn man gestorben ist. Aber das reflektiert sich in dem, was wir tun, dass wir zwar immer wieder sagen, dass wenn nötig, wir in den Bereich investieren. Aber wir tun es nicht genug!

Das führt mich am Ende zu dem Punkt zu sagen und das ist - glaube ich – der Grund, warum ich eingeladen worden bin: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts! Das heißt, es ist die Frage, wo die Steuerung und die Verteilung von Geld in unserem Land erfolgt: Das ist unser Steuersystem. Da machen wir vieles ganz falsch.

Ich will nicht behaupten, dass es da in den letzten Jahren keine Fortschritte gegeben hätte. Aber wir haben in unserem Steuersystem immer noch die falschen Anreize. Wir belohnen die, die Arbeitsplätze abbauen und bestrafen die, die arbeiten oder Arbeitsplätze erhalten. Wir belohnen ein System von Familienförderung, was eben nicht dazu angetan ist, dass wir mehr Kinder haben. Wir belohnen nicht das Thema.

Geschlechtergerechtigkeit, was eine ökonomische Verschwendung ersten Ranges ist. Wir belohnen nicht das Thema Generationengerechtigkeit. Wir tun ganz vieles am falschen Ende. Und da müsste umgesteuert werden. Und da ist das auch eine Reichtums- und Armutsfrage.

In Deutschland werden im Jahr ungefähr 200 Milliarden Euro vererbt. 3 Milliarden davon landen beim Fiskus. Das ist nicht gerade Sozialismus. Der Vorschlag, den Schleswig-Holstein eingebracht hat, war ein ganz realistischer. Er hat gesagt, natürlich wollen wir, wenn ein Familienhaus vererbt wird, dass das nicht besteuert wird, ein einfaches Einfamilienhaus. Und wir wollen auch nicht, wenn ein kleiner Handwerksbetrieb übergeht, dass die in Schwierigkeiten kommen.

Aber man kann sich schon fragen, wenn da ganze Häuserzeilen vererbt werden und wir über Großkonzerne reden, ob wir da so viel großzügiger sein müssen, als es die Amerikaner sind, als das die Franzosen sind, die Skandinavier sowieso und andere auch. Das heißt, die Frage, ob wir nicht unser Steuersystem in der Richtung verändern.

Natürlich ist das mit der Erbschaftsteuer ein Problem, weil die Menschen sagen, na ja, also vermögend bin ich nicht, insofern sympathisiere ich eher mit Vermögensteuer, weil erben könnte ich ja vielleicht.

Also, eine Erbschaftsteuer ist politisch kein Bestseller. Trotzdem löst es auch nicht alle unsere Probleme. Aber es ist ein Beitrag, dazu zu sagen, wie mobilisiere ich diesen gesellschaftlichen Reichtum.

Und die 200 Milliarden, von denen ich eben gesprochen habe, die werden viel mehr werden in den nächsten Jahren. Das ist der Reichtum, der hier aufgebaut worden ist. Es wird viel, viel mehr werden.

Also glaube ich, dass wir ein Steuersystem brauchen, das wirklich leistungsorientiert ist. Wer mehr kann, muss auch mehr geben, damit die Finanzierung öffentlicher Haushalte sichergestellt ist und so dem Staat das gibt, was er braucht, um die Funktionen zu erfüllen, von denen ich gesprochen habe.

All dieses müssen wir miteinander tun und dazu müssen alle beitragen. Deswegen begrüße ich auch, dass die SPD-Fraktion eine solche Veranstaltung macht. Denn es ist wichtig, dass das Thema viel mehr Raum in der öffentlichen Debatte einnimmt als bisher.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, da waren ja beträchtliche Übereinstimmungen. Zum einen die Forderung oder die Feststellung, wir haben zu wenig Substanzbesteuerung und dass der Vollzug der Steuergesetze verbessert werden soll, um auf diese Weise den Staat besser in die Möglichkeit zu versetzen, dass das, was er für das Gemeinwohl tun muss, tun soll, auch tatsächlich tun zu können: Das, was Ralf Stegner skizziert hat, als ein deutlich leistungsfähigeres Steuersystem.

Jochen Poß, verantwortlich für die Finanzen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Du hast das Wort.

Jochen Poß, Stv. Fraktionsvorsitzender:

Steuerpolitik ist – zumindest nach sozialdemokratischer Vorstellung – immer auch ein Instrument zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Denn der wirtschaftlich Leistungsfähigere soll mehr zur Finanzierung der notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben beitragen als der wirtschaftlich Schwächere.

Die letzte Bundestagswahl hat deutlich gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit in Deutschland das genauso sieht. Die flat-tax von Herrn Kirchhof, quasi eine prozentuale Kopfsteuer für jeden Steuerpflichtigen, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Das, was Frau Merkel und große Teile der Union mit Unterstützung von Herrn Westerwelle wollten, konnte gerade noch verhindert werden. Denn machen wir uns nichts vor. Hätte es Herrn Kirchhof nicht gegeben, wäre die Wahl wahrscheinlich anders ausgefallen.

Und deshalb ärgert es mich besonders, wenn die Gewerkschaften – wie jetzt auch am Wochenende – gegen die Steuerpolitik mobil machen. Sie tun das nicht erst seit Samstag, sondern sie tun das schon seit Jahren. Die Gewerkschaften sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass die SPD auch in den meisten Jahren der Schröder-Regierung nicht machen konnte, was sie wollte. Es gibt bereits seit vielen Jahren eine faktische große Koalition, seit 2005 ist sie auch im Amt. Und in einer solchen Konstellation gibt es keine lupenreine sozialdemokratische Steuerpolitik, weil es sie nicht geben kann. Die Gewerkschaften sollten einmal darüber nachdenken, was wäre, wenn Schwarz-Gelb mit der breiten Mehrheit im Bundesrat die Regierungsverantwortung übernommen hätte. Dann könnten sie wirklich zu Recht demonstrieren.

Es gibt aber auch heute – und damit komme ich zum Thema - dank der SPD in der großen Koalition keine Steuergeschenke an die Reichen oder die Unternehmen, wie die Gewerkschaften wider besseres Wissen behaupten. Wir wollen – und das haben wir in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt – eine nachhaltige Sicherung der deutschen Steuerbasis. Wir wollen, dass in Deutschland erwirtschaftete Gewinne auch wieder hier versteuert werden. Wer – wie die Gewerkschaften behauptet – wir wollten nur die Steuersätze für Unternehmen senken, sagt nur die halbe Wahrheit. Beides gehört zusammen. Mit einer Senkung des in Deutschland wirklich im internationalen Vergleich hohen nominalen Steuersatzes für Kapitalgesellschaften und gleichzeitig mit Maßnahmen, die eine Gewinnverlagerung ins Ausland verhindern, wollen wir mittelfristig das Steueraufkommen aus Unternehmenssteuern weiter ansteigen lassen.

Diese Steuern steigen ohnehin seit Jahren wieder sprunghaft an, nachdem sie tatsächlich im Jahr 2001 einen Tiefstand hatten. Darauf reiten die Gewerkschaften jetzt schon seit 5 Jahren herum. Bald werden die Steuerschätzer wieder Rekordeinnahmen vermelden. Die Gewerbesteuer war noch nie so hoch wie heute. Dazu sagen die Gewerkschaften leider kein Wort. Die SPD hat in harten Kämpfen mit der Union im Bundesrat dafür gesorgt, dass diese Entwicklung eingetreten ist. Und sie wird jetzt in den Verhandlungen mit der Union zur Reform der Unternehmensbesteuerung dafür sorgen, dass es keine Steuergeschenke für Unternehmen geben wird. Das ist Kern des von mir an den Anfang meiner Ausführungen gestellten Grundsatzes der Steuergerechtigkeit. Ein immerwährendes Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt.

An diesem Ziel müssen sich auch alle steuerpolitischen Vorhaben messen lassen! Ob unter den aktuellen Bedingungen (Stichworte: Globalisierung, Kapital- und Steuerflucht) allerdings ein Politikansatz „Wir nehmen den Reichen und geben den Armen“ direkt zum Ziel führen kann, ist fraglich.

Grundsätzlich ist das primäre Ziel von Steuerpolitik zunächst einmal die Finanzierung staatlicher Aufgaben. Das ist unbestritten: Selbst radikale Neoliberale gestehen dem Staat zu, dass er prinzipiell Einnahmen haben muss, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Aber spätestens bei der Frage danach, wie umfangreich diese Aufgaben sein sollen, scheiden sich dann die Geister. Manchem Wohlhabenden würde es reichen, wenn der Staat für äußere Sicherheit, etwas Verkehrsinfrastruktur, und den Schutz des privaten Eigentums sorgen würde. Wer über genügend Geld verfügt, kann es sich leisten, wichtige Güter – wie beispielsweise Bildung und Betreuung für seine Kinder oder die Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit – selbst zu organisieren (nur Reiche können sich einen armen Staat leisten).

Menschen mit gar keinem oder geringem Einkommen sind allerdings darauf angewiesen, dass der Staat in ausreichendem Maße für eine vernünftige Infrastruktur und ein ausreichendes Maß an öffentlichen Gütern sorgt. Nur dann haben sie ähnliche Chancen – beispielsweise durch Bildung – und die Aussicht auf ein vergleichbares Maß an Lebensqualität – beispielsweise durch Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen – wie Spitzenverdiener.

Darum muß der Staat finanzierungsfähig sein, er muß also ausreichenden finanziellen Spielraum haben, um seine Aufgaben auch wahrzunehmen. Das ist übrigens auch das wichtigste Argument für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die oft mit Einschnitten verbunden sind, die weh tun (z. B. Entfernungspauschale).

Mir ist klar, dass niemand begeistert Steuern zahlt. Aber wer in einer Gesellschaft Solidarität, Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit vorfinden bzw. fördern möchte, sollte sich davor hüten, staatliches Handeln und Steuererhebung per se zu kritisieren, wie das manche Wirtschaftsführer tun. Die gehen lieber ins Ausland, als ihren in Deutschland erwirtschafteten Wohlstand mit ihrem Heimatstaat zu teilen. Hier muß ein Umdenken geschehen und langsam, so hoffe ich doch, werden die Entscheidungen von Unternehmensführern kritischer gesehen als früher.

Unter Neoliberalen und Marktradikalen gilt es als unumstößliche Weisheit, dass der Staat generell sich zu viel einmische, zu viel Geld verschwende und zu viel Steuern erhebe. Wem solche Äußerungen allein nützen, habe ich gerade schon skizziert: Es sind die wirtschaftliche Starken, die sich einen schwachen Staat leisten können.

Bedauerlicher Weise wird teilweise auch von der eigenen Anhängerschaft und - ich habe eingangs darauf hingewiesen - von Gewerkschaftsseite behauptet, die Steuerpolitik der letzten Jahre sei sozial unausgewogen gewesen. Wer sich aber nüchtern und sachlich die Fakten anschaut, wird diese Einschätzung auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir nicht immer so konnten, wie wir wollten, nicht teilen können:

Seit die SPD 1998 Regierungsverantwortung übernahm, haben wir viel für die Familien und kleine und mittlere Einkommensbezieher erreicht. So wurde das Kindergeld für das 1. und 2. Kind um 41,50 Euro auf 154 Euro angehoben (+37 Prozent). Gleichzeitig ist der Eingangsteuersatz von 25,9 Prozent auf heute 15 Prozent gesenkt worden. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt – unter Berücksichtigung des Kindergeldes – bei einem Bruttojahreseinkommen von 37.540 Euro keine Steuern mehr. 1998 hätte diese Familie noch fast 3.000 Euro Steuern gezahlt. Die zwanzig Prozent der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von bis zu 7.800 Euro im Jahr zahlen heute gar keine Steuern mehr. Die 30 Prozent der Steuerpflichtigen mit Einkommen bis zu 14.100 Euro tragen nur zu 0,3 Prozent am Aufkommen der Einkommensteuer bei.

Wer also behauptet, wir würden eine Steuerpolitik gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen, ignoriert schlichtweg die Fakten. Entgegen anders lautenden Behauptungen haben wir Sozialdemokraten weder zu Zeiten der Rot-Grünen Regierung noch jetzt in der Großen Koalition das Ziel der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus den Augen verloren:

Beispielsweise haben wir bereits 1999 damit begonnen, Steuerschlupflöcher für Spitzenverdiener zu schließen. Gegen den ursprünglich erbitterten Widerstand der Union haben wir jetzt in der Großen Koalition einen Einkommensteuerzuschlag für Spitzenverdiener durchgesetzt: Ab 2007 zahlen Ledige auf ihr Einkommen, das oberhalb von 250.000 Euro liegt einen erhöhten Spitzensteuersatz von 45 Prozent (mit Ausnahme gewerblicher Einkünfte). Dieser Zuschlag soll ab dem Jahr 2008 rund 1,3 Mrd. Euro Steuer Mehreinnahmen erbringen.

Ich komme zum Schluß:

Steuerpolitik hat sicherlich nicht nur sozial- und verteilungspolitischen Zielsetzungen zu dienen. Und soziale Ziele können nicht nur durch Steuerpolitik erreicht werden. Aber sozialdemokratische Steuerpolitik wird sich immer auch an ihren sozialen und verteilungspolitischen Folgen messen lassen.

Es gibt, auch im Hinblick auf einen – gerade bei diesen Fragen – anders aufgestellten Koalitionspartner, noch viele Probleme, die vor uns liegen. Aber die Erfolge sozialdemokratischer Politik, die wir bereits vorzuweisen haben, bleiben Richtschnur unserer Finanzpolitik in der Großen Koalition!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Wir machen erst die Runde hier vorne und dann werden wir die Diskussion für das Plenum öffnen - kein Problem.

Ja, das war eine ausführliche engagierte Verteidigungsrede, hast du selbst gesagt. Ich darf noch einmal auf das Thema des heutigen Tages zurückführen: Die Entwicklung des Reichtums in unserem Land, die Tatsache, dass nicht nur die Armut wächst, sondern auch der Reichtum, vor allen Dingen was die Vermögen betrifft, und eine immer stärker zunehmende Konzentration der Vermögen. Das ist glaube ich unter uns völlig unstrittig, so dass die Frage heute Morgen gestellt wurde: Ist nicht eine der Ursachen die Steuerpolitik der vergangenen Jahre, die diese Verteilung, die diese unsoziale Verteilung mög-

licherweise verstärkt hat? Das nur noch einmal zu den Überlegungen des heutigen Vormittags. Es wird wahrscheinlich etwas unterschiedlich gesehen hier auf dem Podium, aber gut.

Vorhin ist gesagt worden, die Korrektur der Primärverteilung läuft über die Steuerpolitik. Aber natürlich hat auch der Sozialstaat eine Verteilungsfunktion und in dem Zusammenhang ist Sozialstaat sehr weit gefasst worden, bei Dierk Hirschel durch eine starke Betonung der Bildungspolitik. Wobei damit eben nicht nur Schulen, Hochschulen usw. gemeint sind, sondern die Weiterbildung. Das ist, glaube ich, das Stichwort für Franz Thönnnes.

Franz Thönnnes, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Wolfgang, herzlichen Dank. Einer muss dann ja der Vierte sein in dieser Runde. Wenn wir heute hier zusammen sitzen und über Reichtum diskutieren, dann ist das nicht nur ein Zufallsergebnis der aktuellen Debatte, sondern auch ein Resultat der guten Vorarbeit eines ersten und auch eines zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes, den die Bundesregierung gemacht hat. Die damit natürlich auch zu so einer Debatte beiträgt und dabei auch eine offene transparente Diskussion organisiert. Gleichzeitig aber wird auch dem deutlich, der den Armuts- und Reichtumsbericht gelesen hat - den zweiten -, dass wir uns dann nicht rein auf fiskalische Größen oder monetäre Größen konzentrieren, sondern, dass es darum geht, im Prinzip eine ganzzeitliche Lebenssituation zu betrachten und vor diesem Hintergrund auch den Versuch zu unternehmen zu beschreiben, was ist Armut. Und - ich sage einmal - den bisher unzulänglichen Versuch gemacht haben, zu beschreiben, was ist Reichtum. Ich komme da gleich noch darauf.

Wenn man der Definition nach, auf die wir uns beim Armuts- und Reichtumsbericht verständigt haben, konzentriert das zugrunde legt, was der indische Nobelpreisträger Armatya Sen formuliert hat, also den Lebenslagenansatz nimmt, dann - denke ich - kann man sehr vereinfacht und verkürzt sagen: Armut ist ein Mangel von Verwirklichungschancen. Und wenn man dann sehr verkürzt zu Reichtum springt, kann man sagen: Reichtum ist ein hohes Maß an Verwirklichungschancen.

Aber wenn wir uns auf den Reichtum einmal so konzentrieren - wir haben bei der Armut die 938 Euro festgelegt -, wo fängt das eigentlich beim Reichtum an? Ist dann die Definition nicht vielleicht auch viel vielschichtiger als bei der Armut. Also wie kriegen wir diesen diffusen Begriff irgendwo gepackt? Wie sieht es mit dem Forschungsstand in Deutschland dazu aus? Haben wir nicht doch irgendwo eine unbefriedigende Datenlage? Das wurde uns 2003 schon deutlich gemacht, als wir den 2. Armuts- und Reichtumsbericht im Kern vorbereitet haben.

Vor dem Hintergrund hatten wir bei den Koalitionsverhandlungen seitens der SPD großes Interesse in den Koalitionsvertrag auch hineinzuschreiben, dass die Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortgesetzt wird und dass man insbesondere vor dem Hintergrund der Datenlage auch eine weitere Entwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung vornimmt, insbesondere sich auf die Defizite in der Reichtumsberichterstattung konzentriert und in der Forschung auch darauf eingeht.

Ich glaube, dass das noch einmal zum Ausdruck bringt, dass auch die Zielrichtung die sein muss, diesen Teil neben der Armutsforschung zu ergänzen, um auch zu vernünftigen Strategien im Umgang damit zu kommen und ich werde am Ende meiner Ausführung auf fünf Punkte eingehen, wo das sehr konkret wird. Ich will aber auf der Wegstrecke dahin etwas sagen.

Wenn Ziele sind, Teilhabe und Chancengleichheit durchzusetzen, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden, dann ist das nicht nur eine Frage von Steuerpolitik, sondern - wie das gerade schon und heute im Laufe des Tages ja auch angeklungen ist - dann ist es auch eine zentrale Frage: Was tun wir bei der Bildung? Was tun wir, um soziale Ungleichheit zu vermeiden? Was tun wir, um Menschen wieder den Zugang zu den verschiedenen Verwirklichungschancen zu vermitteln?

Ein Punkt, glaube ich, ist ganz zentral, der der Arbeit. Sie hilft bei der Verwirklichung von Chancen, trägt - wenn nicht sogar ganz wesentlich - mit dazu bei, weil sie die Einkommensbasis ist, weil sie gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Aber Voraussetzung für Arbeit ist auch eine gute Bildung, ist eine gute Ausbildung. Und da muss es uns schon alle mit Erschrecken versehen, wenn wir heute schlichtweg feststellen, gut 10 Prozent der Abgänger aus den Hauptschulen kommen da ohne Hauptschulabschluss heraus.

Wir haben eine Situation, dass 15 Prozent der 20- bis 29-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Und wir haben eine Situation, dass bei den Jugendlichen mit Migrantenhintergrund gut 35 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Das heißt, es ist also nicht nur - ich vereinfache das immer gerne -, es ist nicht jetzt so eine Frage, ob wir die Transfers einmal um 200 Euro erhöhen, sondern es ist auch eine ganz konkrete Frage, schaffen wir die Voraussetzungen, Zugang zu finden zu den Chancen? Und Zugang zu den Chancen zu finden, heißt natürlich auch, in einer Marktwirtschaft mitzuhelfen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, Arbeit zu organisieren. Das heißt auch zur Kenntnis zu nehmen, dass der Sozialstaat die eine Seite der Medaille ist, die andere Seite der Medaille aber im Kern auch eine gute Wachstumssituation sein muss.

Das heißt, so viel Mittel zu investieren und zur Verfügung zu stellen, dass dieses Land wachsen kann, auch einen ökonomischen Ertrag erzielen kann, um damit an der anderen Stelle wiederum, die von allen gerne gewünschten sozialen Leistungen, aber auch die Infrastrukturmaßnahmen finanzieren kann.

Vor dem Hintergrund war in den letzten Jahren mit der Politik, die Jochen Poß gerade beschrieben hat, alles darauf ausgerichtet, Wachstum wieder nach vorne zu bringen. Und ich glaube, dass es nicht falsch war, wenn wir uns jetzt erste Ergebnisse ansehen, über die wir uns meiner Einschätzung nach auch freuen sollten, wenn die Arbeitslosenzahlen um gut 400.000 zurückgehen, wenn jetzt 130.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen, wenn wir einen Auswuchs an offenen Stellen haben.

Das sind alles kleine Anzeichen, die uns zeigen: Es ist eine Situation eingetreten, wo wir auf dem Weg der Besserung sind, was weiter gefördert werden muss mit den 25 Milliarden Investitionsprogramm, die jetzt diese Regierungskoalition auch festgeschrieben hat, ganz gezielt in Bereiche die Beschäftigung schaffen sollen von der Verkehrspolitik her und der Investition in Straße und Schiene und Wasserwege bis hin zur Gebäudesanie-

rung, aber auch ganz wichtig in den Bereich Forschung und Entwicklung. Und dann will ich auch noch einmal sagen, was in den letzten Jahren gemacht worden ist.

Da ist um gut - fast - 38 Prozent der Bildungs- und Forschungsetat erhöht worden. Weil im Kern auf der Wegstrecke bis 1998 die Bildungs- und Forschungsinvestitionen zurückgegangen sind. Da hat diese Regierung vier Milliarden Euro in die Hand genommen, um ein Ganztagschulprogramm aufzulegen, was dazu führen soll, dass wir in gut 10.000 Schulen Ganztagsangebote kriegen.

Da werden viereinhalb Milliarden Euro investiert, um - in der Größenordnung bis zu 230.000 - das Angebot an Krippenplätzen zu erhöhen, weil da erhebliche Defizite sind.

Und wenn man das summa summarum einmal nimmt und auf das beliebte Thema Hartz IV kommt, dann glaube ich, war es eine sinnvolle Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Menschen, die lange Zeit lang im Abseits gestanden haben, um die sich keiner mehr gekümmert hat, zusammenzubringen in dem Bereich, in dem auch wieder aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Integration für sie stattfindet und wir heute ungefähr eine Größenordnung von weit über 40 Milliarden Euro ausgeben für die Transferleistung, die da stattfinden, und für die Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Eine große Summe an Geld, die auch den Sozialstaat auszeichnet. Vorhin ist von Dierk Hirschel zurecht darauf hingewiesen worden, dass es in vielen Bereich dazu beiträgt, dass das Armutsrisiko vermindert wird, und es ist auf der Wegstrecke auch gelungen, den Bestand an Menschen, die ohne ein Dach über dem Kopf - also eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder von Wolfgang Spanier - die 1998 noch mit gut 550.000 beziffert waren, auf 330.000 zu reduzieren, und auch die Länder dabei eine Rolle spielen, wenn es darum geht, Schuldnerberatung zu machen.

Man muss ganz einfach wissen, was sich hier entwickelt hat. Dass da, wo eine wirkliche gute Schuldnerberatung stattfindet, ein Drittel nach einem Jahr aus dieser Situation raus ist und nach zwei Jahren auch ein zweites Drittel wieder in Beschäftigung hineinkommt. Es wird dann auch deutlich, dass dabei sowohl die Kommunen wie auch die Länder eine Rolle spielen und auch der Bund, wenn es um die Politik geht, wie handeln wir an dieser Stelle.

Ich will sagen, wenn denn nun die Frage aufgerichtet wird, unter der Überschrift hier bei der Diskussionsrunde, die wir jetzt haben, wo sind die „Handlungsfelder der Politik“? Also, ich denke, ganz klar, ganz konzentriert daran festzuhalten, weiter Investitionen in Bildung und Forschung vorzunehmen. Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, drei Prozent des Bruttosozialproduktes sollen dafür mittelfristig investiert werden, jetzt sechs Milliarden in dieser Legislaturperiode. An der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiterhin festhalten, zu schauen, Arbeit zu organisieren, jetzt auch die Diskussion darüber zu führen, was machen wir mit den Menschen, die vielleicht ganz erhebliche Vermittlungsdefizite und Probleme haben wieder in Arbeit hinein zu kommen - da wird es dann noch schwieriger.

Die Schübe, die wir jetzt zur Grundlage gelegt haben, damit die Wirtschaft ins Laufen kommt, weiter fortzusetzen, aber eben auch, um bei dem Punkt für die nächste Bericht-

erstattung zu bleiben, etwas mit ganz konkreten Forschungsvorhaben für den Bereich Reichtum zu tun - dazu fünf Punkte:

Erstens - denke ich - kommt es darauf an, etwas als Forschungsprojekt aufzulegen, in dem es darum geht, eine integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung vorzunehmen, insbesondere was den Bereich der Einkommenskonzentration im oberen Bereich angeht. Wobei ich auch mal einwerfen will, wenn man sich das anguckt: Das gesamte Vermögen ist zu einem großen Teil - nämlich zu 75 Prozent - in Immobilien gebunden. Da muss man auch mal darüber reden. Das sind nicht irgendwelche Kapitalien, die sozusagen frei abrufbar irgendwo liegen.

Ich glaube, es geht zum zweiten darum, die Steuerlast und Einkommensverteilung auch noch einmal zu hinterfragen. Also eine empirisch festgestellte Belastung zu haben - insbesondere hoher Einkommen und Vermögen - und zu bewerten, wie die Besteuerung hier erfolgt, auch unter den Gesichtspunkt von Steuergerechtigkeit. Es gilt, so haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, Trends und Entwicklungen zu beschreiben, was die Entwicklung von Vermögen und Einkommen zukünftiger Rentnergenerationen angeht.

Auch hier hat sich im letzten Armuts- und Reichtumsbericht gezeigt, dass sich eigentlich das Armutsrisiko für Ältere verringert hat. Aber ich glaube, eine verantwortliche sozialstaatliche Politik macht es erforderlich, nach vorne zu gucken und zu schauen, wie entwickelt sich das dort. Deswegen haben wir insbesondere jetzt bei den von der Deutschen Rentenversicherung in Auftrag gegebenen Forschungsvorhaben Wert darauf gelegt, dass wir uns darüber unterhalten, wie entwickelt sich das für die 40 – 60-Jährigen in der nächsten Zeit?

Es geht in einem vierten Punkt darum, vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels eine Analyse vorzunehmen, wie sich Einstellungen der Bevölkerung zu Reichtum und zu Wohlstand und zu Sozialstaatlichkeit entwickeln.

Und es geht zu einem fünften Punkt darum - vielleicht ist der eine oder andere dann auch dabei -, dass wir am 29.11. seitens des Ministeriums einen Expertenworkshop machen, bei dem wir uns mit der Frage Reichtum auseinander setzen wollen.

Also da ist kein Stillstand, sondern die Debatte wird weiter gehen. Aber an der anderen Stelle - neben den analytischen Fragen, neben den Forschungsvorhaben - wird es darum gehen, an den zentralen Investitionspunkten festzuhalten, die weiterhin gewährleistet sollen, dass Wachstum in diesen Land vorherrscht und dass die Ressourcen, so wie sie da sind, auf die Bereiche konzentriert werden, die den Menschen auch wieder die Chance geben, teilhaben zu können an der gesellschaftlichen Entwicklung. Und das heißt in Bildung zu investieren, das heißt in Forschung und Entwicklung zu investieren, und das heißt, auch dort Arbeit in den Bereichen zu schaffen und zu helfen, wo sie vielleicht mit den reinen Marktmechanismen nicht alleine zu schaffen ist.

Das ist die Diskussion, bei der es um Niedriglohnjobs geht, bei der es um Mindestlohn geht, bei der es auch darum geht, darüber zu sprechen, was macht man für diejenigen, die erhebliche Schwierigkeiten haben.

Letzte Bemerkung: Nicht nur hier wird über Verteilung geredet, sondern ich glaube, dass wir mit dem Betriebsverfassungsrecht und mit der Festschreibung der Tarifautonomie auch die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln an anderen Stellen stabilisiert haben und auch verbessert haben.

Auf der betrieblichen Ebene wird verteilt, in Betriebsvereinbarungen, auf der tariflichen Ebene wird verteilt, auf der staatlichen Ebene wird verteilt, nicht nur durch Steuer, sondern auch durch die Schaffung von Infrastruktur und durch die Investition in Bildung. Also die Verteilungsdebatte muss wesentlich breiter geführt werden, als dass sie sich nachher nur alleine auf der politischen Ebene wieder findet.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

So, nach dem ich mich nun mit der Vorgabe von fünf Minuten nicht durchsetzen konnte, die Frage rechts und links. Bitte eine kurze Gegenrede und dann öffnen wir gleich für das Plenum.

Dr. Dierk Hirschel, Chefökonom DGB:

Weniger Gegenrede, sondern: Ich habe heute verdammt viel gelernt, muss ich sagen. Also, wenn das, was Joachim Poß eben dargestellt hat, wenn das in der Sozialdemokratie mehrheitsfähig ist, dann ist die SPD wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Ich fasse noch einmal zusammen: Die SPD ist für die Anpassung der Erbschaftsteuer! Das heißt, ein höheres Erbschaftsteueraufkommen. Die SPD ist für die Einführung oder Wiedereinführung der Vermögensteuer!

Jochen Poß, Stv. Fraktionsvorsitzender:

Zwischenruf: Das ist nur meine persönliche Meinung.

Dr. Dierk Hirschel, Chefökonom DGB:

Das ist nur Deine persönliche Meinung. Die SPD plädiert für keine Nettoentlastung bei der Unternehmensteuerreform, aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform! Das Einzige, was noch fehlt, ist, dass ihr euch dazu einlasst, dass man die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne wieder zurücknehmen könnte, weil ihr da mit der Union zusammen sogar die Mehrheit hättet, wenn ich das richtig sehe.

Also, wenn das wirklich zutrifft, und, wenn man das dann auch noch mit der Diskussion über Mindestlohn und eine Rücknahme der Förderung geringfügiger Beschäftigung in einen Zusammenhang setzt, was in der Konsequenz die Ausgangsbedingungen für Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern würde, wenn das wirklich der Mainstream der zukünftigen sozialdemokratischen Politik sein sollte, dann sehe ich da sehr viele Berührungspunkte, sehr viele gemeinsamen Schnittstellen. Aber ich habe da noch meine großen Zweifel, dass dem so sein wird.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ralf Stegner!

Dr. Ralf Stegner, Innenminister Schleswig-Holstein:

Ich will es ganz kurz machen und nur deutlich machen, wo der Konsens und wo der Dissens liegt. Der Dissens liegt nicht etwa darin, dass ich glaube, die sozialdemokratische Steuerpolitik in den letzten Jahren hätte die Unterschiede bewusst verschärft. Niemand kann die sozialdemokratische Steuerpolitik besser darstellen als Jochen Poß, ich stimme mit dem von ihm Gesagten durchaus überein.

Der Unterschied, den wir möglicherweise haben, liegt woanders. Ich glaube, dass wir ein umfassendes neues Steuerkonzept brauchen. Dieses soll sich nicht primär durch Einkommensteuersätze oder die Regelungen zur Unternehmensteuer von dem jetzigen unterscheiden, sondern vielmehr insgesamt die gesellschaftlichen Hauptherausforderungen aufgreifen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bessere Bildungszugänge, Entschärfung der demografischen Probleme, eine bessere Förderung von Familien mit Kindern, mehr Gerechtigkeit für Frauen, eine Stärkung der Investitionskraft der Kommunen, das sind Aufgaben, die auch steuerrechtlich angegangen werden müssen: Ich denke da an die Kappung des Ehegattensplittings, die Ausweitung der Gewerbesteuer und an viele andere Stellschrauben. Das muss in ein Steuerkonzept gepackt werden. Das ist Gesellschaftspolitik und damit muss und kann die SPD dann offensiv antreten. Das ist meine Vorstellung und da mag vielleicht unser Dissens liegen. Er liegt nicht in der Bewertung der Steuerpolitik der letzten Jahre, denn da hat die SPD in der Tat vieles korrigiert, was früher deutlich schlechter war.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

So, ich glaube, Diskussionsstoff gibt es genug. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Norbert Reuter, ver.di (Bereich Wirtschaftspolitik):

Herr Poß, also Dierk Hirschel hat Sie gerade schon sehr gelobt. So ganz kann ich es nicht ganz nachvollziehen. Wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie die Senkung der Unternehmenssteuersätze in der Vergangenheit als richtigen Weg bezeichnet, um Arbeitsplätze zu schaffen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Ja, weil ich sagen würde, da würde ich eigentlich schon eine ganz andere Position beziehen. Dass im Prinzip dieser Rückblick auf die Steuerpolitik der Vergangenheit jetzt von Ihnen so gesehen wird, wo wir als Gewerkschaften sagen, das ist eigentlich eine Politik, die gescheitert ist. Es hat gerade eben nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt, sondern es hat wesentlich dazu geführt, dass die Unternehmensgewinne gestiegen sind und die Steuereinnahmen zurückgegangen sind.

Die Hoffnungen sind gerade ausgeblieben und deswegen verstehe ich möglicherweise besser, dass jetzt Steinbrück mit einer neuen Unternehmensteuerreform nachschieben

will, die ja weitere Nettoentlastungen bringen will - zwischen 6 Milliarden und 16 Milliarden geistern ja da durch den Raum.

Da würde ich doch gerne noch mal nachfragen, ob Sie wirklich der Meinung sind, dass das der richtige Weg war, um Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen?

Die Senkung der Unternehmensteuersätze in der Vergangenheit bei Nichterweiterung Bemessungsgrundlage, ob das in der Tat auch in die Zukunft zu projizieren ist?

Das führt zu einem zweiten Problem, mit dem die Gewerkschaften ein Problem haben. Nämlich diese Geschichte, nominale Steuersätze und Steueraufkommen mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu kombinieren. Grundsätzlich hört sich das natürlich gut an. Und da würden alle nicken, dass man sagt: Na ja, in der Tat ist es ja so, dass die nominalen Steuersätze in Deutschland sehr hoch sind, aber das Aufkommen sehr niedrig ist und man deswegen im internationalen Vergleich zu einer vernünftigen Lösung kommt. Nur, die große Gefahr, die letztendlich im Hintergrund steht, ist doch - und deswegen sind ja die Gewerkschaften etwas zögerlich, auf dieses zunächst einmal sehr rational sich anhörende Konzept einzugehen - dass am Ende folgendes passiert: Die Unternehmensteuersätze werden gesenkt. Großer Konsens durch alle Parteien. Dann versucht man, wie es eben ja auch beim Steuervergünstigungsabbaugesetz der Fall war, die Steuerschlupflöcher zu schließen und das geht dann aus, wie das Hornberger Schießen. Im Endeffekt steht man dann da: Die Steuersätze sind runter und man kommt bei der Schließung von Steuerschlupflöchern nicht weiter!

Insofern ist mein Plädoyer, versuchen wir zunächst einmal das Steueraufkommen zu erhöhen und dann können wir uns letztendlich darüber verständigen, ob man dann die nominalen Steuersätze senken soll. Aber nicht koppeln und nachher haben wir: Letztendlich ist das Kind wieder in den Brunnen gefallen!

Letzter Punkt: Erbschaftsteuer, betriebliche Erbschaftsteuer. Da fehlt mir wirklich völlig das Verständnis. Vielleicht sagen Sie jetzt auch wieder, dass Ihre Meinung anders ist als die der SPD. Aber dass da mit großem Elan jetzt die Streichung letztendlich der betrieblichen Erbschaftsteuer vorangetrieben wird, wo doch deutlich ist, dass es in Deutschland offensichtlich kein Problem mit der betrieblichen Erbschaftsteuer gibt. Aus Ihrem Hause, aus dem Finanzministerium, kommt doch sozusagen der Hinweis, dass es offensichtlich keine Probleme gibt, dass keine Unternehmen benannt werden können, die Probleme hinsichtlich der Erbschaftsteuer haben.

Es gibt keine Anträge auf Stundung der Erbschaftsteuer, die ja als Möglichkeit besteht. Trotzdem geht man hin und gibt da - so ist es meine Sichtweise -, gibt da letztendlich der Lobby nach und versucht ein Problem zu lösen, was offensichtlich gar nicht besteht. Und das alles vor dem Hintergrund, dass nun der Staat ja wirklich hinsichtlich seiner Steuereinnahmen die größten Probleme hat und wir an allen Ecken und Kanten in diesem Land eigentlich dringend eine Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote bräuchten.

Infrastruktur, Bildung die ganzen Punkte sind ja genannt worden. Und wenn man das miteinander abwägt, dann verstehe ich eigentlich nicht mehr die Politik, die zurzeit betrieben wird und verstehe auch nicht, dass auch in einer nächsten Runde wiederum neue Steuergeschenke an Unternehmen weitergegeben werden sollen. Danke!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

So, ich habe noch drei weitere Wortmeldungen und dann machen wir das als erste Runde. Sie hatten sich gemeldet.

N.N.:

Ich habe nur einen kurzen Aspekt. Und zwar wollte ich zu Herrn Stegner und zu Herrn Hirschel fragen: Sie haben über unternehmerischen Reichtum gesprochen und haben auch über die Notwendigkeit gesprochen oder über die Konsequenzen, die sich aus dem, was Sie Finanzmarktkapitalismus nannten, ergeben haben. Herr Stegner hat angesprochen, dass es natürlich ein Problem in Deutschland ist. Wir haben das Nebeneinander von hohen Unternehmensgewinnen und gleichzeitiger Entlassung.

Meine Frage geht eigentlich dahin: Das sind Probleme, über die man sich moralisch-ethisch, gerade als Sozialdemokrat, auf jeden Fall ereifern sollte. Das tue ich selber auch. Das ist aber alles legal. Also, dass was da passiert, ist ja alles innerhalb einer Rechtsordnung, die das alles erlaubt. Genauso wie die Heuschrecken-Debatte für mich auch etwas in das Leere gezielt hat, weil ich es auch da gesehen habe.

Natürlich muss man sich darüber unterhalten, darüber muss man vielleicht auch Lösungsansätze suchen. Aber was diese Unternehmen machen ist nach geltender Rechtsordnung alles legal, das heißt, mir fehlt im Moment, gerade wo wir über zukünftige politische Handlungsfelder reden, dort der Ansatz, wie man da etwas anders machen will. Für mich ist eigentlich nur klar: dort ist ein Problem. Das haben Sie auch benannt, das Problem.

Wenn es aber um Lösungsansätze der Politik geht, sprechen Sie vor allem über Bemessungsgrundlagen bei Firmen usw. Das hat aber mit internationalem Finanzmarktkapitalismus für mich eigentlich nichts zu tun. Deswegen fehlt mir da sozusagen die Problemlösungskopplung. Danke!

Sebastian Steinzen, Forum für Vermögensforschung der Universität Münster:

Ich habe im Moment das Gefühl, dass wir gar nicht mehr wirklich über Reichtum sprechen, sondern es geht im Moment um die Steuerpolitik der Bundesregierung, es geht um viele staatliche Probleme und ich habe die Befürchtung, dass Sie das Problem der Ungleichheit nicht über die Steuerpolitik werden lösen können. Ich glaube, Umverteilung über Steuersysteme ist aus der Zeit der Seeräuberromantik und die ist - glaube ich - vorbei.

Ich denke eher, dass wir uns wirklich damit beschäftigen sollten, wie wir die Reichen - denn darum sollte es ja gehen - wieder in die Pflicht nehmen können, gesellschaftlich tätig zu sein. Und ich glaube, dass wenn man dann auch mit Dingen kommt wie Reichensteuer u. ä., dass dann das passiert, was hier zwar immer wieder gesagt wird, aber keiner wahrhaben will, dann wird dieses Kapital flüchten. Zwar wird immer wieder gesagt, o. k., es ist in Immobilien gebunden und der Mittelstand kann sowieso nicht flüchten, wenn die Erbschaftsteuer und andere Dinge dann erhöht werden.

Ich sage Ihnen, dass unsere Erfahrung zeigt, dass die Finanzströme mittlerweile so flexibel geworden sind, dass dieses Kapital abwandern würde, und sei es auch nur von drei oder vier. Wenn Sie die Erbschaftsteuer oder die Vermögensteuer einführen würden, das, was Sie erreichen könnten an Gewinnen, würde, wenn nur 3 oder 4 dieser Milliardäre, von denen wir ja sprechen, wir reden ja nicht von irgend welchen Unternehmern, die 500.000 Euro Umsätze im Jahr machen, sondern die wirklichen Milliardäre, wenn da 3 oder 4 weggehen würden, wäre der Verlust viel größer.

Also müssen wir doch vielmehr überlegen, wie kriegen wir die Reichen wieder in die Pflicht, hier in diesem Lande zu ihrem eigenen Nutzen tätig zu sein.

Denn eines ist klar, wenn jetzt die sozialen Spannungen zunehmen, dann sind die Reichen gerade die, die es am ehesten am schnellsten treffen wird, wenn das passiert. Und ich glaube noch einmal, um das klar zu machen, die Steuerpolitik wird daran nichts ändern, das ist Seeräuberromantik.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, ich glaube, das müssten Sie dann vielleicht im Nachhinein, wenn Sie es privat miteinander austauschen wollen, bereden. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auf eines noch einmal hingewiesen haben. Am heutigen Tag steht im Mittelpunkt die Reichtumsentwicklung und die Vorschläge, die heute Vormittag, heute Nachmittag gekommen sind, um diejenigen, die in unserem Land reich sind - deren Zahl wächst, deren Reichtum sich immer stärker konzentriert - die stärker heranzuziehen für das Gemeinwohl. Das ist tatsächlich die Kernfrage, die wir heute diskutieren.

Das lässt sich natürlich nicht reduzieren auf diesen engen Bereich. Da spielen andere Bereiche eine Rolle, das lässt sich nicht vermeiden. Das ist völlig klar. Als eine gesellschaftspolitische Aufgabe, über die wir heute diskutieren, möchte ich dennoch noch einmal das Augenmerk auf das spezielle Thema des heutigen Tages richten.

Sie dahinten hatten sich noch gemeldet. Bitte! Und dann würde ich erst einmal die erste Runde schließen und es schließt sich dann eine zweite Runde an, weil das erst noch einmal beantwortet werden muss.

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Mitglied des Deutschen Bundestages (1980 – 2005)

Ich war länger Mitglied in diesem Hause gewesen. Bei der Diskussion zu diesem Thema habe ich zwei Probleme.

Zum ersten brauchen wir keine Fortsetzung des vorsichtigen Umgangs damit, sondern weniger Halbherzigkeit in der Politik. Wenn ich mir die Entwicklung des Reichtums in diesem Lande ansehe, so enthielten alle Diskussionsbeiträge keine sachlich angemessene Antwort. Die in der Diskussion gemachten Vorschläge werden die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger nicht einmal abbremsen, geschweige denn korrigieren.

Das zweite Problem sind für mich die Informationen über die Entwicklung des Reichtums in der amtlichen Statistik. Das ist ein altes und bekanntes Problem: In den Jahren, in denen ich als junge Assistentin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Universität München auf dem Gebiet der Vermögensverteilung promovieren wollte, war die Situation der deutschen Vermögensstatistik schon übel genug: Nach einem Jahr intensiver Recherchen hatte ich damals angesichts des Zustandes der deutschen Vermögensteuerstatistik kapituliert und seit dieser Zeit hat sich die Situation nochmals deutlich verschlechtert.

Das heißt, hier ein Forschungsprojekt zu fordern, statt für Abhilfe bei den amtlichen statistischen Informationen zu sorgen, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Wir wissen doch alle, woran es mangelt. Bei der Datenlage über die Vermögensverteilung existiert keine Bringschuld der Wissenschaft, sondern eine Bringschuld der Politik.

Die Aufforderung zu einer neuen Reichtumskultur durch einen meiner Vorredner ist in einer Zeit, in der „Enrichissez-vous“ oder „bereichert euch“ mittlerweile nicht nur eine Handlungsmaxime ohne schlechtes Gewissen geworden ist, kein Fortschritt, sondern muss bei den Verlierern als nackter Zynismus wirken.

Jetzt zu sagen, gebt bitte, bitte auch ein bisschen etwas an die Armen oder guckt euch an, was die Bill Gates, Rockefeller oder andere Superreiche in den USA tun, verkennt die gesellschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen den USA und Deutschland. Zudem sollte man zur Kenntnis nehmen, dass die Stiftungskultur in den USA ohne die Besteuerungshöhe und -härte nicht denkbar wäre.

Die Superreichen stiften eben lieber eine Universitätsbibliothek oder Klinik mit ihrem Namen, statt ihre geschuldeten Steuern direkt an den Staat abzuführen. Das ist eine Antwort, die so edelmütig auch wieder nicht ist - aber sicher besser als die Politik der Halbherzigkeit und des bloßen Appells, die hier zu hören war.

Und auch die an sich richtige Forderung, den neuen Unterschichten oder wie immer wir sie jetzt sozialdemokratisch politisch korrekt nennen dürfen, mit mehr Bildungspolitik zu helfen, ist notwendig, aber nicht hinreichend. Sie ist nicht nur auf kurze Frist zu kurz gesprungen.

Gegenüber der Gefahr der Etablierung und Verfestigung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Deutschland und der Verarmung von Abermillionen, darunter Millionen Kindern, bedeuten die hier vorgeschlagenen Maßnahmen doch, als wolle man angesichts eines

Tsunami mit Sandsäcken Deiche flicken, von denen man nur allzu gut weiß, dass sie nicht nur brüchig, sondern viel zu niedrig sind.

Man muss sich auch fragen, ob Bildungspolitik die Antwort auf die Armutsfrage ist, wenn 11 Prozent der Armutsgefährdeten Hochschulabsolventen sind. Ob wir es wissen wollen oder nicht, das Thema Abstieg und Armut ist mittlerweile - wie in den USA - Teil der Lebensrealität der Mittelschichten und ihrer Zukunftserwartungen und Ängste.

Zusammengefasst: „Alle Änderung beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist“. Das heißt für die Armuts- und Reichtumsdebatte, wir brauchen schnell eine zuverlässige amtliche Statistik, wie der Reichtum in unserem Land verteilt ist. Dass wir diese Auskünfte in Wirtschaftsmagazinen lesen dürfen und nicht aus der Amtlichen Statistik ist im Grunde genommen unerträglich.

„Statistic is a matter of trust“, sagt Tony Blair - und er hat Recht. Verlässliche Daten sind und bleiben ein öffentliches Gut. Der derzeitigen deutschen Einkommensstatistik in ihrer Aussagekraft über die wirklich Reichen über den Weg zu trauen, ist angesichts der Tatsache, dass die Informationen aus den Einkommens- und Verbrauchstichproben (10 Prozent Befragte) erhoben werden, fahrlässig. Denn Stichproben unterschätzen nun einmal systematisch sehr kleine Gruppen, wie sie etwa deutsche Milliardäre oder Multimillionäre sind.

In der zufällig ausgewählten amtlichen Stichprobe die Herren Schwarz, Albrecht, Quandt, Flick oder Fink zu finden, ist sehr unwahrscheinlich, und dass diese dann auch noch einem amtlichen Befragten ihr Einkommen oder Vermögen wahrheitsgemäß offenbaren, ist wohl eher naiv. Das kann eher recht als schlecht das Finanzamt, das man nicht belügen darf, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

Deswegen muss zumindest, was den Reichtum in Deutschland angeht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wahrheit in Form einer verlässlichen amtlichen Statistik auf den Tisch. Und wenigstens dafür sollte eine Sozialdemokratie kämpfen, wenn wir schon zur Änderung der Verhältnisse erst wieder Kraft und Mut sammeln müssen.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, bevor die Fragen beantwortet werden: Wir machen gleich noch eine zweite Frageunde! Sonst wird das zuviel. Ich will doch noch einmal darauf hinweisen, liebe Sigrid, dass wir heute Mittag ausführlich über das Thema Datenlage und Methodik gesprochen haben und dass es gegenüber der bisherigen Situation, so haben uns die Fachleute das mitgeteilt, durchaus in dem einen oder anderen Punkt es mehr Klarheit, es mehr Transparenz geben wird.

Wir sind uns alle einig, dass es eine ganz wichtige Leistung des Armuts- und Reichtumsberichts ist, erstens einmal, dass er nicht nur ein Armuts- sondern auch gleichzeitig ein Reichtumsbericht ist, und dass es offensichtlich gelingt, von Bericht zu Bericht immerhin auch die Transparenz der Reichtumsentwicklung in Deutschland deutlich zu verbessern. Da sind wir uns einig.

Und das ist heute Mittag eingehend dargelegt worden, wo die Grenzen der statistischen Möglichkeiten zurzeit liegen, aber wo es auch gegenüber dem letzten Bericht, deutliche Verbesserungen geben wird. Also, da will man nichts unter den Tisch fallen lassen, sondern das sind einfach objektive Probleme der Statistiker, die hier dargestellt wurden. So, das wollte ich einfach nur zur Erklärung sagen, damit wir das nicht mehr diskutieren müssen. Vielleicht Jochen Poß, weil er sehr intensiv angesprochen worden ist.

Jochen Poß, Stv. Fraktionsvorsitzender:

Eine Kernfrage ist schon, inwieweit nationale Steuerpolitik Marktentwicklungen korrigieren kann.

Das geht sicherlich nur bedingt. Aber ich finde, dass man mit dem Begriff der Seeräuberromantik denjenigen Unrecht tut, die die nationalen Gestaltungsspielräume nutzen wollen, die noch gegeben sind – Spielräume, die zu nutzen wir nach meinem Verständnis des Sozialstaates auch verpflichtet sind. Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist nach meinem Verständnis Ausfluss des Grundgesetzes. Da kann der Hinweis auf ein oder zwei Milliarden oder auch vier nichts verschlagen. Wir müssen die Spielräume nutzen.

Ich könnte jetzt über Österreich sprechen, ja. Da haben wir jetzt möglicherweise eine andere große Koalition unter anderen Vorzeichen, als hier bei uns – wenn sie denn zustande kommt. Ich kenne den Finanzsprecher der SPÖ gut, mit dem ich regelmäßig Kontakte seit Jahren habe. Da hat das hoffentlich für die Steuerpolitik Konsequenzen. Also will ich damit sagen: Man kann politisch gestalten! Ich glaube, wir können korrigieren, auch unter veränderten Bedingungen. Womöglich aber nicht nach dem Motto, wie es bei manchen durchklingt in der öffentlichen Debatte: Nehmt den Reichen und gebt den Armen und dann sind viele Probleme aus der Welt. Das ist es eben nicht, das funktioniert so nicht! Wenn wir uns mit dem so genannten Unterschichtenproblem beschäftigen, dann stellen wir fest, dass wir da viele andere Ansatzpunkte wie zum Beispiel Bildung haben. Wir brauchen den finanzierungsfähigen Staat! Das ist eine Bedingung für eine gute gesellschaftliche Entwicklung. Aber sie reicht nicht aus.

Nun zu dem, was Dierk Hirschel zu meinen Äußerungen sagte. Ich habe die Beschlusslage beschrieben und die Grundlage, auf der wir verhandeln; auch in der großen Koalition verhandeln. Es war auf einmal nach wenigen Wochen möglich, was jahrelang nicht möglich war. Wir haben die Steuern mindernden Medienfonds und andere Fonds abschaffen können – in der Großen Koalition. Insofern hätte ich die herzliche Bitte an dich, aber das gilt ja noch viel mehr für den Kollegen, der von ver.di hier gesprochen hat, doch einmal wirklich realistisch zu analysieren.

Ich bin seit 41 Jahren ver.di-Mitglied, bzw. früher ÖTV-Mitglied, und ich verstehe manches nicht mehr an den Äußerungen einiger Gewerkschaftsfunktionäre.

Trotzdem will ich aber versuchen, so sachlich wie möglich darauf einzugehen. Ich habe nur nicht die Illusion, die der Ralf Stegner hier ein wenig genährt hat. Du hast jetzt alle möglichen gesellschaftspolitischen Bereiche genannt, Ralf, wo wir sehr wahrscheinlich in den meisten Fällen übereinstimmen, was verändert werden muss. Ich habe nur nicht die Vorstellung, dass du alles mit Mitteln der Steuerpolitik gestalten kannst. Wenn ich deine

Äußerungen richtig verstanden habe, war das dein Punkt. Das geht aber eben nicht. Und da wird sozusagen ein Anspruch erhoben, dass man alle gesellschaftlichen Probleme mit Mitteln der Steuerpolitik lösen könne. Das bezweifle ich! Man kann einen gewissen Bereich damit erfassen. Aber man muss eben auch um die Begrenztheit dieses politischen Mittels wissen.

Nun zum Kollegen Reuter. Was ich bereits deutlich gesagt habe, will ich hier wiederholen: Wir haben mit unserer Einkommensteuerpolitik unter Rot-Grün die Einkommensteuerpflichtigen – vor allem die Arbeitnehmer und den beschäftigungsintensiven Mittelstand – entlastet. Ich habe nie zu denen gehört, die gesagt haben, das würde 1:1 zum Aufbau, zum Aufwuchs von Arbeitsplätzen führen. Aber wenn man zum Beispiel den Bericht des Sachverständigenrates liest, der das genau einmal untersucht hat, ist das Ergebnis eindeutig: Ohne diese steuerliche Entlastung wäre das Wirtschaftswachstum nach 2001 geringer ausgefallen.

Also es gibt schon den Zusammenhang, glaube ich, zwischen Steuerpolitik und Wachstum. Wenn irgendwo Arbeitsplätze aufwachsen können, dann doch in der Tat, eher im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen. Und von den Steuersatzsenkungen haben eben nicht nur Arbeitnehmer profitiert, sondern auch alle Unternehmen, die Einkommensteuer zahlen. Und den Zusammenhang habe ich versucht, in meinem Eingangstatement deutlich zu machen.

Was hier zum Gegenstand der kritischen Betrachtung wurde, waren die Senkung der Körperschaftsteuersätze und die Veränderung des Körperschaftsteuersystems. Dass aufgelaufene Körperschaftsteuerguthaben, auf die die Anteilseigner verfassungsrechtlich einen Anspruch hatten, ausgeschüttet wurden – und zwar schneller als alle Fachleute erwartet hatten, hat uns in der Tat ins Schleudern gebracht. Das hat neben dem Crash an den Finanzmärkten und neben dem Wachstumseinbruch dazu geführt, dass wir im Jahre 2001 ein Minus von 0,4 Mrd. beim der Körperschaftsteueraufkommen hatten. Inzwischen sind wir wieder auf dem alten Niveau. Wir haben einen Einnahmerekord bei der Körperschaftsteuer.

Wenn man das hohe Aufkommen bei der Kapitalertragsteuer und bei der Gewerbesteuer hinzunimmt, auf deren Stabilisierung sowohl ich persönlich als auch die gesamte SPD-Fraktion stolz sein können, dann wundert man sich. Man fragt sich dann schon, warum es einer Gewerkschaft wie ver.di bisher noch nie in den Sinn gekommen ist, so etwas einmal positiv zu würdigen, was da geschehen ist. Das gilt leider auch für andere Gewerkschaften. Von daher kann ich nur empfehlen, dass man da etwas intensiver in die Debatte eintritt, damit man mal die Fakten klärt, bevor man sich über Gesinnung streitet. Das geht mir nämlich manchmal auch auf den Zeiger, dass einem oft gerade dann die soziale Gesinnung abgesprochen wird, wenn auf der Gegenseite die Zahlen und Fakten nicht mal klar sind. Also da ist dann schon ein weites Feld für eine gute Zusammenarbeit, die ich hier als altes Gewerkschaftsmitglied ausdrücklich anbieten will.

Letzte Bemerkung: Erbschaftsteuer. Da liegen wir eng beieinander. Wir haben das bei den Bochumer Parteitagsbeschlüssen festgehalten, als einen Unterpunkt. Einen von dreien. Aber wir wollten den immer angehen im Zusammenhang auch mit einer Bewertung des Betriebsvermögens, nie isoliert.

Und deswegen habe ich ja vorhin gesagt: Das, was da ins Kabinett kommt, ist der Frau Merkel geschuldet. Wir haben heute Morgen noch einmal mit dem Bundesfinanzminister besprochen, mit dem wir da einer Meinung sind, dass wir zu einer Neuregelung der Erbschaftsteuer in der Sache erst kommen werden, wenn wir das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes haben. Wir wollen das, was jetzt ansteht nicht isoliert machen, auch nicht im Sinne eines Geschenkes, sondern für den eng umgrenzten Fall einer Betriebsfortführung, wobei die Privilegierung des Betriebsvermögens gut begründet sein muss. Da ist nämlich einer der Streitpunkte! Es kann sehr gut sein, dass das Verfassungsgericht möglicherweise zu dem Ergebnis kommt, dass man das gar nicht legitimieren kann.

Wir wollen die Umsetzung der Bochumer Beschlüsse. Aber wir haben es noch nicht erreicht. Wir wollen zu einer Neuregelung der Erbschaftsteuer kommen, sehr wahrscheinlich dann, wenn das Urteil Anfang nächsten Jahres vorliegt. Jetzt bin ich schon ruhig.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

„Jetzt schon“ ist gut, ja. Es sind noch andere Fragen zu beantworten. Bitte schön!

Dr. Ralf Stegner, Innenminister Schleswig-Holstein:

Also zunächst einmal ist Reichtum nach meinem Verständnis nicht nur Geld und Vermögen, sondern Reichtum ist auch Teilhabe. Reichtum ist auch Sicherheit in Bezug auf Lebensrisiken. Wer das alles hat, ist reich. Wer das alles nicht hat, entbehrt diesen Teil von Reichtum. Wobei Reichtum immer in dieser spezifisch deutschen Ausprägung zu verstehen ist, die wir als Partei Willi Brandts nie verabsolutieren, sondern auch immer den internationalen Maßstab im Kopf haben sollten: 90 Prozent der Menschheit würden sich unsere Probleme wünschen. Das macht sie nicht besser, aber das sollte man sich immer klar machen, wenn man über die Lösung dieser Probleme nachdenkt.

Dann war da die Frage, das sei doch alles in der Beschreibung gut und schön, aber was könne man tun? Also zum einen steht im Grundgesetz „Eigentum verpflichtet“. Ich bekenne mich ausdrücklich zur Gemeinwohlorientierung. Wenn wir alles täten, was nicht verboten ist, wenn wir alle Spielräume und Grenzen nur zu unserem eigenen Vorteil ausnutzen würden, dann „Gute Nacht Deutschland“! Das gilt auch für die Unternehmer. Soziale Marktwirtschaft ist etwas, was nicht geht, wenn sich alle egoistisch verhalten. Ein Ansatzpunkt sind sicherlich bessere Gesetze, aber solch ein gesetzlicher Zwang ist nicht immer notwendig.

Ich kann auch Dinge skandalisieren und so den öffentlichen Druck verstärken. Es ist für Unternehmer ein Problem, wenn sie täglich beschimpft werden. Herr Ackermanns Verhalten zum Beispiel sollte immer wieder skandalisiert werden. Man könnte aber auch andere nennen. Solch ein Verhalten ist unsozial, um es einmal klar zu sagen. Wenn ich riesige Gewinne mache und Leute rausschmeiße, dann ist das ein Skandal. Selbst wenn ich das nicht verbieten kann, muss es politisch benannt werden. Das sind nämlich auch Leute, die sich gerne mit den Großen im Staat auf die Tribüne setzen und Wertschätzung haben wollen. Die muss ihnen dann auch ein Stück weit entzogen werden. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil betrifft den europäischen Aspekt. Ich glaube durchaus nicht, dass das Seeräuberromantik ist, denn es stellt sich die Frage, wie wenig Einfluss eigentlich 82 Millionen Deutsche in Europa haben. Mir kann doch niemand ernsthaft erzählen, dass wir bei allen möglichen Kleinstfragen Einfluss haben, aber bei der Frage des Umgangs mit Steueroasen und ähnlichem keinen Einfluss hätten. Wir üben den doch in ganz anderen Fragen aus.

Und - ich glaube nicht an die Ohnmacht von Politik. Wer an die Ohnmacht von Politik glaubt, der muss sich im Übrigen einmal fragen, wo wollen wir eigentlich hin mit unserem System, wenn das das Konzept ist? Zumindest muss man den Versuch unternehmen. Da bin ich ziemlich altmodisch, muss ich sagen. Es mag kleinere Details in dem Konzept geben, über die man streiten kann, aber im Grundsatz ist unser Steuerkonzept sehr pragmatisch, Jochen.

Wir haben zum Beispiel die Abgeltungsteuer vorgeschlagen. Die ist nicht sonderlich gerecht. Sie führt aber dazu, um das mal simpel zu sagen, dass ein Teil der Kohle wenigstens hier bleibt und nicht weggeht und deswegen ist dies ein Teil des Konzepts, der richtig ist.

Und ich kann auch mit dem allgemeinen Punkt von Sigrid Skarpelis-Sperk, die sagt, das sei alles nur appellativ, nichts anfangen. Ich habe in Teilen sehr konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Steuerpolitik zum Beispiel ist konkret und obwohl ich - natürlich Jochen - über Steuerpolitik nicht alles regeln kann, ist doch eine Menge möglich. Mehr als noch so schöne Papiere bewirken, die geschrieben werden, aber dort nicht weiterkommen, wo über Geld andere Anreize gesetzt werden. Ich will einmal zwei Beispiele nennen, wie das dann anders funktionieren kann.

Wenn ich eben nicht mehr den belohne, der Arbeitsplätze abbaut und den bestrafe, der arbeitet. Die Schleswig-Holsteinische SPD war die einzige, die im Bundestagswahlkampf dafür eingetreten war, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Ich habe immer gesagt, egal wer in die Regierung kommt, wird die Mehrwertsteuer erhöhen, und bin dafür heftig beschimpft worden, auch in der eigenen Partei. Ich will aber auch deutlich sagen, was wir damit tun wollten: Wir wollten damit ausschließlich die Lohnnebenkosten senken. Warum? Damit nicht die, die noch Arbeit haben und die, die Arbeitsplätze anbieten, alles bezahlen, sondern die, die Reichtum anderswo haben und sich nicht an der solidarischen finanziellen Absicherung der Lebensrisiken beteiligen. Deswegen wollten wir nur den normalen Umsatzsteuersatz erhöhen und den ermäßigten sogar senken. Das war das Konzept. Davon ist wenig übrig geblieben. Das wäre eine konkrete Maßnahme über die Steuerpolitik, auch wenn man über die Wirkungen sicher unterschiedlicher Meinung sein kann.

Das zweite Beispiel: Warum machen wir nicht eine Steuerpolitik nach dem Motto: Jedes Kind ist dem Staat gleich viel wert? Warum tun wir das eigentlich nicht? Warum fördern wir über Kinderfreibeträge und das Ehegattensplitting Besserverdienende – oft auch ohne Kinder - mehr? Warum machen wir das eigentlich und verteilen den gesellschaftlichen Reichtum nicht andersherum, obwohl Kinderarmut eines unserer Hauptprobleme ist, das wir haben und obwohl wir zu wenige Kinder haben? Zumal Kinder übrigens auch ein Teil des Reichtums einer Gesellschaft sind! Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft und Zukunft ist zu finanzieren!

Das sind doch ganz konkrete Fragen, die mit Appellen nichts zu tun haben, sondern die sehr konkrete Antworten verlangen. Ich habe den Vorwurf für mich einfach einmal angenommen, weil die politische Klasse natürlich auch immer ein Stück weit mit angesprochen ist, bei der Frage, was sie eigentlich tun kann.

Und da sage ich, Handlungsfähigkeit hat auch etwas mit dem Selbstbewusstsein von Politik zu tun, und zu sagen, ich versuche es mit bestimmten Maßnahmen. Ob alles erfolgreich ist, weiß ich nicht, aber versuchen muss man es zumindest.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Dirk Hirschel, noch einmal kurz!

Dr. Dierk Hirschel, Chefökonom DGB:

Noch einmal kurz zur Frage des Finanzmarktkapitalismus. Das mit dem Skandalisieren ist ja o. k., das mache ich auch gern. Ist hier ja auch eine Betriebsversammlung, kommt auch gut an. Aber wenn es darum geht, die Sachen vernünftig ökonomisch zu analysieren: Woher kommt die „shareholder value“-Orientierung in unserem Land? Da muss man auch ehrlich miteinander umgehen und dann muss man darauf zu sprechen kommen, dass diese Deutschland AG nicht irgendwie sich selbst aufgelöst hat, sondern die ist politisch aufgelöst worden.

Da gab es die schwarz-gelben Finanzmarktreformen und dann gab es die rot-grünen Finanzmarktreformen, die beispielsweise die Veräußerungsgewinne steuerfrei gemacht haben, die Hedgefonds zugelassen haben auf dem deutschen Markt, die man dann anschließend als Heuschrecken beschimpft hat und das gehört auch zur Wahrheit. Ja, da muss man ehrlich miteinander umgehen. Man kann ja auch politische Fehlentscheidungen machen.

Jetzt stellt man fest, die Situation ist die: Wir haben internationale Investoren auf dem deutschen Markt, internationale Investmentfonds, da reichen zwei bis drei Prozent Unternehmungsbesitz dieser Fonds aus, um die Unternehmungspolitik eines großen Konzerns zu steuern. Die üben entsprechenden Renditedruck aus. Der Renditedruck führt dazu, dass es in den Unternehmen zu massiven Umverteilungsprozessen kommt. Was wird mit dem Unternehmungsgewinn gemacht? Die Unternehmungsgewinne werden dafür verwendet, dass die Dividenden erhöht werden oder dass eigene Aktien aufgekauft werden, um den Kurs nach oben zu katapultieren.

Wenn man das nicht will, dann muss man sich über politische Schritte unterhalten, die diese Entwicklung - ich sag jetzt nicht „zurückdrehen“, weil das würde die Illusion wecken, man könnte sich wieder im alten rheinischen Kapitalismus einrichten - das glaube ich nicht, dass das funktioniert -, aber die einen anderen Entwicklungspfad einschlagen lassen.

Dann gibt es nationale Besonderheiten. Die Franzosen, die haben goldene Aktien, die haben Mehrheit und Höchststimmrechte, die sorgen dann dafür, dass sie auf die Unter-

nehmenspolitik Einfluss nehmen können. Man muss beispielsweise die Hedgefonds nicht so stark deregulieren wie es in den Vereinigten Staaten der Fall ist.

Da erwarte ich dann auch von meiner Partei, dass jemand wie Mirow nicht an die lange Leine gelassen wird und dass eine weitere Liberalisierung der Hedgefonds in Deutschland voranschreitet. Ich erwarte ja auch von meiner Partei, dass sie verhindert, dass Immobilien zukünftig noch stärker als es ohnehin der Fall ist, auf den Finanzmärkten gehandelt werden.

Also, da gibt es konkrete Handlungsmöglichkeiten. Man kann die Unternehmens- mitbestimmung ausbauen, um beispielsweise bei feindlichen Übernahmen Vetorecht der Arbeitnehmerbank zu institutionalisieren. Das sind Möglichkeiten, um den Druck raus zu nehmen. Denn das ist das Problem seit Mitte der 90-ziger Jahre, dass dieser Renditedruck, der über die Internationalen Finanzmärkte nach Deutschland hinein gedrückt wird, dass dieser Renditedruck dafür sorgt, dass die Umverteilung noch einmal eine ganz neue Dynamik bekommt.

Gucken wir uns doch einmal an, welche Einkommen in den letzten Jahren denn massiv gestiegen sind? Das waren die Einkommen bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, also diejenigen die von diesem Finanzmarktkapitalismus mit profitiert haben. Das waren die Einkommen der Manager. Das ist ein wesentliches Element zur Erklärung des Auseinanderklappens der Schere zwischen Arm und Reich in den letzten 10 Jahren. Da gibt es konkrete politische Handlungsmöglichkeiten, um diese Entwicklung zu bekämpfen. Nicht nur nationalstaatlich, sondern auch europäisch, aber bitte: Tut was!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Zwei Dinge sind geklärt: Einmal haben wir wieder die Kurve gekriegt zur Verteilung ganz am Schluss. Und wer wen hier angesprochen hat oder angegriffen hat, ist auch geklärt. Ich öffne die letzte Diskussionsrunde. Erste Wortmeldung, da hinten eine Wortmeldung war zuerst.

N.N.:

ch glaube, er ist mein Kollege von der SPD oder? Herr Jochen, ist der von der SPD oder bin ich falsch? Okay, sorry, Herr Jochen, ich habe es so verstanden - Ihnen oder dir - sie wollen die Telefonüberwachung und wir wollen nicht denen auf den Mund schauen, ob reich oder arm, aber ich finde, es geht um Wirtschaftskriminalität, aber nicht um Telefonüberwachung.

Wenn zum Beispiel Telefonüberwachung oder Internetüberwachung und etc. Überwachung, dann macht Ihr es unseren Mitbürgern - egal ob reich oder arm - macht ihr unsere Mitbürger es sehr einfach, alle Leute ...

Wir wollen nicht den Staat zerstören, wir wollen unser Recht nehmen und wenn wir unsere Rechte nehmen wollen, dann lasse ich, jeder im Saal ist stärker, aber ich versuche zum Beispiel die Geschäftsüberwachung oder den Banken die Kontonummerüberwachung. Ich versuche über mehrere Wege....

Zum Beispiel, wann soll ich das Telefon überwachen, dann spricht er mit seiner Bekannten oder mit seiner Frau, dann soll ich auch das Private überwachen?

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ich glaube, ich möchte jetzt nicht unterbrechen, zwar habe ich es schon getan, aber das kann ganz schnell beantwortet werden, worum es hier geht, in welchem Zusammenhang das steht.

N.N.:

Ja, aber das ist nicht normal, wenn wir wollen eine Überwachung von Telefon und Internet!

Jochen Poß, Stv. Fraktionsvorsitzender:

Dazu kann man einen Satz sagen. Es geht um ein Thema, das übrigens alle Länder angeht: Es geht um das Thema Umsatzsteuerbetrug. Und das wird von Banden gewerbsmäßig in Europa betrieben, auch in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht da um Schwerstkriminalität. Hier muss man überlegen: Welche Möglichkeiten sollen den Strafverfolgern gegeben sein?

Denn in Deutschland beträgt der geschätzte Betrag, der jährlich dem Staat entgeht 16 bis 20 Milliarden Euro. Und da geht es darum, dass man da besser überwachen kann. Es geht also hier um Fälle schwerer, organisierter Kriminalität, wo unser Koalitionspartner oft sagt, ach, das ist doch nicht so kriminell, da geht es doch nur um Geld.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Gut, jetzt habe ich drei Wortmeldungen. Zunächst die da hinten, dann Herrn Glatzer glaube ich, ja, und hier vorne. Bitte!

Kühnhold, Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin:

Ich habe eine Frage an Herrn Poß und Herrn Stegner. Erstens an Herrn Poß: Stichwort war: das „Gesetz zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge“ soll jetzt - nach meiner Kenntnis am Mittwoch - in das Verfahren gehen. Nach Berichten aus dem Handelsblatt wird das im Bundeskabinett beschlossen. Ein Gesetz, von dem Herr Dr. Sarrazin im Tagesspiegel vom 9. Sept. gesagt hat - das wäre ein Anfall von steuerpolitischem Rinderwahnsinn. Noch 2004 wurde von der Bundesregierung im Koch-Steinbrück-Papier, Haushaltvergleichsgesetz 2004, die Begünstigung für Betriebsvermögen als steuerliche Subvention gekürzt.

Meine Frage an Herrn Poß ist, was erwarten Sie vom Bundesverfassungsgericht? Und – besteht nicht die Gefahr wie 1996,1995/96, dass man ähnlich wie damals mit der Vermögensteuer in eine Verfristung kommt, da Sie die Aufgabe haben, einen konferenzkonformes Gesetz zu regeln und eine Mehrheit im Bundesrat und Bundestag dafür finden müssen? Und dann gleich an Herrn Stegner die Frage, wie würde heute die Landesregie-

rung Schleswig-Holstein zum Antrag Schleswig-Holsteins G 2204 Bundesratsdrucksache - da ist ja Berlin auch mit Antragsteller gewesen - sich positionieren?

Also, mit anderen Worten, wie würde die CDU sich heute generell zur Erbschaftsteuer stellen? Danke.

N.N.:

Gestern wurde in einer Fernsehsendung gesagt, dass die für unsere Bevölkerung relevanten Reichen längst außer Landes sind. Das ist Beckenbauer, Schumacher und Klinsmann. Das sind alles positive Leitfiguren, die genau das gemacht haben. Ich finde die sympathisch, ich mag die. Aber, dass sie genau das machen, was Sie hier verurteilen, und das wirkt positiv. Das kann man machen. Das können auch andere machen. Sie kriegen keine Antistimmung gegen diese Sachverhalte, die wir hier alle kritisieren. Den zweiten Punkt, den ich habe: Ich wollte noch einmal sagen, dass Reichtum nicht nur - habe ich schon gesagt - nicht nur privater Reichtum, sondern auch öffentlicher Reichtum ist. Und ich habe nur ansatzweise bei Herrn Stegner einmal gehört, dass auf öffentliche Sachverhalte hingewiesen wird. Es kommt auch darauf an, den öffentlichen Reichtum zu erhalten und auszubauen und der Bevölkerung zu sagen, es ist gut, dass wir so viel öffentlichen Reichtum haben und ihn nicht einfach privatisieren und auf andere Weise abhandeln kommen lassen.

Das fände ich wirklich wichtig, dass Sie hier privater und öffentlicher Reichtum sagen und das auch ganz deutlich machen.

Mein Name ist **Pyschalsky**, in bin von **der SPD Berlin Steglitz-Zehlendorf**. Mir ist bei der Diskussion aufgefallen, dass wir sehr viel über Steuersenkungen, über Steuererhöhungen gesprochen haben. Aber ein Punkt ist mir eigentlich zu kurz gekommen, nämlich die Frage des Abbaus von Subventionen. Wir haben ja gehört, dass das - auch von Professor Kirchhoff und anderen - einen erheblichen Teil der Staatsfinanzen in Anspruch nimmt. Und hier hätte ich gerne von dir, Jochen, doch einmal eine Auskunft, wie die SPD-Fraktion auf diesem Gebiet in den noch verbleibenden Jahren agieren möchte.

Der zweite Punkt ist mir bei der Diskussion - insbesondere auch bei der ersten Runde - durch den Kopf gegangen. Wir hörten vorhin, dass sich etwa 70 Prozent des Reichtums in Immobilien, Grund und Boden niederschlägt, und auf der anderen Seite wurde, insbesondere von Simonis, also Schleswig-Holstein, über die Novellierung des Erbschaftsteuergesetzes gesprochen.

In diesem Zusammenhang - ich habe auch ein kleines Einfamilienhäuschen - geht mir durch den Kopf, dass ursprünglich bis vor einigen Jahren nur der Einheitswert besteuert worden ist. Also das war minimal. Heutzutage ist man etwa bei 40 – 60 Prozent des Verkehrswertes. Aber wieso ist das eigentlich oder wird das gerechtfertigt, dass Grund und Boden eben nicht nach dem Marktwert besteuert wird? Hängt das zum Teil auch damit zusammen, dass die Vermögenden in diesem Lande dafür Sorge getragen haben, dass landwirtschaftliches Vermögen so wie Grund und Boden einer besonderen Steuer, der Grundsteuer - ist das A oder B – unterliegt, die sehr viel niedriger ist, und bei dem anderen, wie gesagt, auch nicht der Verkehrswert, sondern ein modifizierter Wert in Ansatz kommt?

Ich will sagen, hängt das vielleicht auch nach meinem Dafürhalten ein bisschen mit dem Zusammenwirken von Eliten und Vermögenden zusammen? Danke!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, wir sollten Ralf Stegner als erstem die Möglichkeit geben zu antworten, weil er es eilig hat. Er muss uns dann ganz schnell verlassen.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister Schleswig-Holstein:

Ich will das auch ganz kurz machen: Zum einen ist es in der Tat so, dass die feudalen Traditionen unseres Landes uns auch in unserem Rechts- und Steuersystem an der einen oder andere Stelle noch begegnen. Die Geschichte hört ja nicht auf. Da ist vieles erkennbar, das sich bis heute gehalten hat.

Die erste Frage war zum Erbschaftsteuerentwurf Schleswig-Holsteins. Wie steht unser Lebensabschnittspartner, um ihn einmal so zu nennen, dazu? Ich setze da auf die Kraft der Vernunft und bin Optimist. Sonst hätte ich einen anderen Beruf ergriffen. Da die Erbschaftsteuer eine Ländersteuer ist und Schleswig-Holstein ziemlich klamm ist, setze ich darauf, dass wir unseren Koalitionspartner davon überzeugen können, dass es vernünftig ist, diesen moderaten und keineswegs sozialistischen Ansatz auch zu unterstützen. Der Antrag ist noch im Bundesrat. Wir haben ihn nicht zurückgezogen. Das war ausdrücklich eine Absprache in unseren Koalitionsverhandlungen.

Zweitens. Das mit dem Beckenbauer und dem Schuhmacher und Boris Becker stimmt. Ich glaube aber, dass man durchaus darüber nachdenken könnte, was die Amerikaner machen – manchmal gibt es ja auch dort gute Beispiele. Vielleicht ist es eine gute Idee, Jochen Poß, das mit der weltweiten Besteuerung auch bei uns zu machen.

Und wenn dann Herr Becker seine Staatsbürgerschaft aufgibt, fände ich das auch nicht so schlimm. Zumal die Frage ist, was man bei gesellschaftlichen Idolen in Kauf nehmen will. Außerdem glaube ich durchaus, dass auch Herr Beckenbauer und andere schon ganz gerne neben dem Herrn Bundespräsidenten sitzen mögen und sich gerne feiern lassen, als Heroen unseres Landes. Insofern halte ich es nicht für aussichtslos, diese Menschen in die Pflicht zu nehmen. Wenn man es gar nicht erst versucht, dann passiert natürlich nichts. Es ist richtig, dass man viele Doppelbesteuerungsabkommen ändern müsste, dies ist kompliziert, aber unmöglich ist es nicht.

Das Dritte: Ich glaube, dass in der sehr unterschiedlichen Behandlung von z. B. landwirtschaftlichem Besitz uns das Bundesverfassungsgericht helfen wird. Weil es uns nämlich sagen wird, dass bestimmte Formen der Bewertung veraltet sind, zum Beispiel dort, wo Werte verwendet werden, die teilweise von 1960 stammen. Dann – mit einer realitätsnäheren Bewertung - wird auch mehr Geld reinkommen. Das war auch unser Wunsch, den wir mit dem Erbschaftsteuerentwurf verbunden hatten, zu sagen, dass wir zu einer realitätsnäheren Bewertung kommen müssen und zu einer Bewertung, die nicht zwischen Geldvermögen, Grundstücksvermögen oder anderen Vermögensarten unterscheidet.

Das werden wir also ohnehin ändern müssen. Manchmal hilft es einem ja, das Bundesverfassungsgericht, meistens nicht, aber manchmal eben doch. Und in dieser Frage werden wir vorankommen und dann kommt eben auch ein bisschen mehr Geld herein.

Das angesprochene Problem mit der Erbschaftsteuer und dem Einfamilienhaus ist nicht so schlimm. Die Witwen haben, meistens sind es ja die Frauen, die länger leben, bezogen auf ein Einfamilienhaus, einen Freibetrag, der in der Regel ausreicht, selbst wenn sie das Haus schuldenfrei übernehmen. Probleme gibt es höchstens dann, wenn das Haus am Starnberger See oder in Kampen auf Sylt steht, und das ist dann vertretbar. Herzlichen Dank, das Sie mich eingeladen, ich muss jetzt leider los.

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, ganz herzlichen Dank. Aber ich glaube Jochen Poß sollte doch noch das Wort bekommen.

Jochen Poß, Stv. Fraktionsvorsitzender:

Zu der konkreten Frage, die der Kollege von der Senatsverwaltung gestellt hatte: Ich hoffe auch, dass in dem Fall das Bundesverfassungsgericht vielleicht doch einmal so entscheidet, wie Ralf Stegner das hier auch als seine Hoffnung ausgedrückt hat. Sicher kann man da natürlich auch nicht sein, aber ich bin mir ziemlich sicher. Hinter der Frage steckt ja auch die Befürchtung, ob das nicht dazu genutzt werden kann, um die gesamte Erbschaftssteuer auszuhebeln.

Und der Versuch läuft ja schon. Ich habe ja jeden Tag mit der Lobby aus den Unternehmensverbänden zu tun. Morgen bin ich zum Beispiel bei den Handwerkern. Und da gibt es ja jetzt schon Forderungen, gänzlich die Erbschaftsbesteuerung abzuschaffen.

Aber die Gefahr, dass es zu einem Urteil kommt, das als Hebel benutzt werden kann für einen solchen Schritt, sehe ich nicht. Und im Übrigen sehe ich auch bei der Union keine Mehrheit für einen solchen Schritt.

Was Herr Dierk Hirschel zum Finanzmarktkapitalismus gesagt hat, teile ich in der Analyse. Nur wenn er fragt – sozusagen in Richtung Bundesregierung - : Warum habt ihr Hedgefonds zugelassen, dann kann ich mich dieser Kritik nicht mehr anschließen. Erstens werden diese Fonds bei uns mit stärkeren Auflagen versehen als in anderen Ländern. Das Zweite ist: Peer Steinbrück hat für die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft dies als Thema angemeldet.

Das ist richtig, denn ein solches Thema kann man nicht isoliert auf nationaler Ebene behandeln. Das Thema des internationalen Finanzkapitalismus kann man ja nun wirklich nicht isolieren. Und wenn die Europäische Union uns ein wenig folgen würde, was die Regulierung angeht, wären wir schon ein Stück weiter. Ich will jetzt hier nichts abschieben auf andere, aber ich halte es wirklich für hoch ärgerlich, dass auch teilweise „Schwesterteilungen“ – eine hatte ich ja vorhin schon genannt, das hängt wieder mit der City of London zusammen – sich mit notwendigen Regulierungen sehr schwer tun.

Wir haben übrigens derzeit eine kritische Diskussion hierzu auch in den USA. Die Aufsichtsgremien und die FED diskutieren das Thema kritisch. Es gab da leider jetzt ein Urteil, was sozusagen im Sinne der Deregulierung ist, aber es gibt auch in den USA eine sehr kritische Diskussion über die Notwendigkeit der Regulierung von Hedgefonds und ähnlichen Instrumenten.

Bei REITs gibt es innerhalb der SPD auch eine kritische Diskussion. Aber auch da, Dierk, trifft man wieder auf das gleiche Problem: Wir haben inzwischen in 19 Ländern dieses Instrument „Real estate investment trusts“, also sozusagen eine börsennotierten Kapitalgesellschaft mit besonderen Merkmalen. Da gibt es auch in den eigenen Reihen hier noch eine heftige Diskussion. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wohnimmobilien. Da will ich dem endgültigen Ergebnis weder vorgeifen noch die Auffassungsunterschiede kaschieren, die da sind. Die Diskussion ist auch noch nicht ganz am Ende. Der Finanzminister hat ja angekündigt, dass er die Wohnimmobilien jetzt aus dieser Gesetzgebung heraus nehmen will. Allerdings muss ich dazu sagen: Das sieht unser Koalitionspartner anders. Das gehört auch zum vollständigen Bericht! Wir sind nicht allein auf der Welt und haben es auch nicht alleine in der Hand. Wir haben es nicht in der Hand, da weiter zu gehen, wo wir gerne weitergehen möchten.

Es ist dann noch von Steuersubventionen gesprochen worden, die abzubauen sind. Wir haben unglaublich viele Steuersubventionen in den letzten Jahren abgebaut. Bauen jetzt weiter Ausnahmetatbestände und Subventionen ab – sehr zum Missfallen zum Beispiel der Gewerkschaften übrigens; wenn du die Entfernungspauschale und andere Beispiele nimmst. Und dann bleiben eigentlich nur noch die Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Ich weiß nicht, ob deren Abbau gewünscht wird. Deren Abbau haben wir Sozialdemokraten bisher verhindert. Das hatte Franz Müntefering, der beim DGB-Kongress so freundlich empfangen wurde, nämlich durchgesetzt. Neben dem Erhalt der Tarifautonomie und neben des Betriebsverfassungsgesetz. Das hat alles Müntefering, um das einmal deutlich zu sagen, durchgesetzt. Das war die Voraussetzung, um diese große Koalition zu machen. Dazu zählt ja auch die Steuerfreiheit der Zuschläge. Ich sage das nur einmal mit Blick auf Franz Müntefering und dessen Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung. Vielen Dank!

Wolfgang Spanier, Stv. Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Ja, ich mache es kurz und knapp, bedanke mich für die Diskussion und gebe Hilde Mattheis das Wort für das endgültige Schlusswort.

Hilde Mattheis, Stv. Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit:

Auch ich mache es ganz kurz. Ich bedanke mich bei allen, die hier vorne saßen, für die rege Diskussion und greife abschließend wirklich nur zwei Bemerkungen heraus, die ich persönlich für mich mitnehme. Ich gebe zu, es ist meine Auswahl und sie ist ganz individuell nach meinen Beliebigkeiten ausgerichtet. Einmal nehme ich mit, dass Ungleichheiten keine Triebfeder sind. Das finde ich ist eine sehr wichtige grundsätzliche Bemerkung, die hier heute gefallen ist, und ich nehme auch gerne mit, dass Politik durchaus handlungsfähig ist, wenn sie will.

Mit dieser zweiten Bemerkung weise ich darauf hin, dass wir als AG Verteilungsgerechtigkeit eine ordentliche Auswertung dieser Konferenz machen werden. Wir werden selbstverständlich eine Dokumentation erstellen und uns mit unseren anderen Fachpolitikern sehr intensiv in den Diskussionsprozess begeben. Denn wir haben heute gehört, in welche verschiedenen Fachbereiche unser Thema selbstverständlich hineinreicht. Sie werden wieder von uns hören, wenn wir nämlich einladen zu einer Fachkonferenz zum Thema „Lebenslagen von Kindern“ und zu einem Fachgespräch zum Thema „Überschuldung von privaten Haushalten“.

In diesem Sinne danke ich Ihnen ganz, ganz herzlich, dass Sie hier unsere Gäste waren und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Notizen
